

Wenn die Wähler weniger werden

Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung

Dr. Werner T. Bauer

Wien, August 2004

Inhalt

Vorwort	3
Welche Zahlen und welche Fakten?	3
Normalisierung oder Verdrossenheit?	5
Politik, Gesellschaft und Zeitgeist.....	7
Soziale Faktoren	9
„Problemfall“ Jugend	11
Institutionelle und politische Faktoren.....	14
Die Medien – Mittler oder Mitverursacher?.....	16
Die „Partei der Nichtwähler“	17
Ist unsere Parteiendemokratie reformierbar?	20
Anhang.....	23
Literatur	27

Vorwort

Ein Gespenst geht um in Europa... Oder sollte man besser einen beliebten Spruch der Siebzigerjahre abwandeln: *Stell' Dir vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin?* Dass in den westlichen Demokratien immer mehr wahlberechtigte BürgerInnen den Wahlen fernbleiben, sorgt zwar „am Tag danach“ regelmäßig für besorgte Kommentare und tiefeschürfende Analysen, doch schon am übernächsten Tag, wenn die Parteigremien ihre Konsequenzen – zumeist personeller Art – aus den Wahlergebnissen gezogen hatten, gehen PolitikerInnen und politische Kommentatoren wieder zur Tagesordnung über. Denn letztlich wirkt sich die Wahlbeteiligung nicht auf das Wahlergebnis, d.h. auf die alles entscheidende Frage nach dem Wahlsieger aus.

In Ländern mit traditionell sehr hoher Wahlbeteiligung, wie etwa in Österreich oder Deutschland, wurde die sinkende Partizipationsbereitschaft lange Zeit als „demokratischer Normalisierungsprozess“ schöngeredet, wobei in diesem Zusammenhang auch gerne auf funktionierende „Musterdemokratien“ mit wesentlich geringerer Wahlbeteiligung verwiesen wird – beliebteste Beispiele sind dabei die Schweiz oder die USA. In allerletzter Zeit – also etwa seit dem Millenniumswechsel – funktioniert dieser Schutz- und Verdrängungsmechanismus allerdings immer weniger. Die Zahl der NichtwählerInnen nimmt kontinuierlich und z.T. dramatisch zu – und zwar sowohl in den Ländern mit langer demokratischer Tradition, als auch in jenen Staaten, deren BürgerInnen jahrzehntelang keinerlei demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten besaßen, und das selbst bei Wahlgängen, die bis dato immer noch eine breite Wählerschaft mobilisieren konnten.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die vielfältigen Ursachen für die steigende Wahlenthaltung kurz zusammenzufassen, und jene Rezepte auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen, die dieser Entwicklung entgegenwirken könnten. Zunächst aber muss der eigentliche Gegenstand dieser Studie definiert und abgegrenzt werden: Gibt es sie tatsächlich, die sinkende Wahlbeteiligung, oder handelt es sich dabei nur um den „aufgeregten Alarmismus“ einiger Medien und SozialwissenschaftlerInnen, die darin v.a. eine Legitimation für ihre eigene Beschäftigung mit dem Thema sehen? Und wie verhält es sich tatsächlich mit der vielzitierten *Politikverdrossenheit*, die bereits 1992 von der „Gesellschaft für Deutsche Sprache“ zum *Wort des Jahres* erkoren wurde – wobei ja viele meinen, dass man eher von „Politikerverdrossenheit“ oder von „Parteien-“, ja sogar von „Altparteienverdrossenheit“ sprechen sollte? Immerhin hat diese Diskussion bewirkt, dass in Deutschland etliche Meter von Literatur zu dem Thema produziert wurden, während, wie Christian Böhmer (2002) so treffend bemerkte, *sich die in Österreich zu beobachtende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage politischer Verdrossenheit [...] (und das darf durchaus als Unterschied zur bundesdeutschen Debatte konstatiert werden) über weite Strecken auf kurzweilige Diskussionen, welche vorzugsweise nach Wahlen stattfinden, beschränkt.*

Welche Zahlen und welche Fakten?

In seiner vergleichenden Analyse der Wahlbeteiligung in insgesamt 18 westeuropäischen Staaten kommt Richard Topf (1995) zum Ergebnis, dass diese von 1945 bis zur Mitte der Achtzigerjahre bei etwa 83% gelegen und von 1985 bis 1989 auf etwa 80% abgesunken sei. Sein Fazit: *A decline of some 3 percentage points is a very small change indeed.* Ein genereller, länderübergreifender Trend sinkender Wahlbeteiligung in ganz Westeuropa lasse sich ebenso wenig erkennen, wie eine ausgeprägte Geschlechtsdifferenz oder signifikante Unterschiede zwischen unterschiedlichen Bildungsgruppen.

„Wirklich dramatische“ Anzeichen eines allgemeinen Rückgangs der Wahlbeteiligung sieht der Autor nicht; und auch die – außer Streit stehende – politische Abstinenz der Jugend

beunruhigt hn kaum, denn aufgrund des steigenden Durchschnittsalters der Europäer und der Tatsache, dass ältere Menschen eher zur Wahl gehen, als junge, sei auch in Zukunft keine grundlegende Änderung im Wahlverhalten zu erwarten.

Im selben Sammelband (Klingemann/Fuchs, Citizens and the State, 1995) kommt Anders Widfeldt zu dem beruhigenden Schluss, dass die europäischen Parteien sich in keiner „wirklichen Krise“ befinden, und am Ende des Buches resümieren die beiden Herausgeber, dass es „keinen Trend zur Wahlenthaltung“, „keinen Anstieg bei der politischen Apathie“ und eine „deutliche Zunahme bei der informellen politischen Beteiligung“ gebe. Kein Grund zur Besorgnis also.

Etwas differenzierter beurteilt Pippa Norris (2002) die Situation einige Jahre später. Nach einem Anstieg der Wahlbeteiligung in den Fünfzigerjahren und einer stabilen Plateauphase zwischen den Sechziger- und den Achtzigerjahren habe es in den Neunzigern einen leichten Rückgang der Wahlbeteiligung in den postindustriellen Gesellschaften gegeben. Hinweis auf eine langfristige Erosion der Wahlbeteiligung sei dies zwar keiner – allerdings, falls sich dieser Trend fortsetze, werde es in Zukunft möglicherweise zu dramatischen Änderungen kommen. Gegenwärtig jedoch liege die Wahlbeteiligung immer noch signifikant höher als in den meisten Schwellen- oder Entwicklungsländern.

Ganz anders sieht der französische Politologe Alain Garrigou (2002) die Situation und verweist dabei auf einige internationale Beispiele. Bei den letzten Parlamentswahlen in Großbritannien im Juni 2001 haben mehr als 40% der Stimmberechtigten kein Votum abgegeben – die Wahlbeteiligung war die niedrigste seit 1918 (siehe Anhang, Tabelle 1). In Frankreich sank die Wahlbeteiligung in den letzten zwanzig Jahren um 5% bis 10%; bei den Parlamentswahlen 2002 betrug sie nur noch 64,4%, bei den Regionalwahlen 2004 62,1%¹. Vor allem in zahlreichen Großstädten sei jeder zweite potenzielle Wähler zu Hause geblieben. Aber auch bei Referenden ist die Beteiligung dramatisch gesunken: An der Volksabstimmung über die Verkürzung der Amtszeit des französischen Präsidenten von sieben auf fünf Jahre beteiligten sich nur 30,7% der Stimmberechtigten; und in Irland waren es beim Referendum über den Vertrag von Nizza im Juni 2001 nur 31,5%.

Ähnliches lässt sich auch aus anderen Staaten berichten. In den Niederlanden ist die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen von 1977 bis 1998 um 14,8%, in Portugal von 1979 bis 1999 um 16,5% gefallen. In Österreich sinkt die Beteiligung bei Nationalratswahlen seit 1949 mit jeder Dekade um etwa 2% (Siehe Anhang, Tabelle 2.1). Hier zeigte auch die Wahl zum Bundespräsidenten im April 2004 mit knapp 70% Wahlbeteiligung ein historisches Tief (Siehe Anhang, Tabelle 2.2). Und auch in Deutschland, wo die Beteiligung an den Bundestagswahlen im Jahre 1972 mit 91,1% ihren Höhepunkt erreichte, geht es seither in der Tendenz überwiegend abwärts (Siehe Anhang, Tabelle 3.1).

Noch deutlicher fällt der Rückgang bei Regional- und Kommunalwahlen aus. Hier bildet England mit einer Wahlbeteiligung von zuletzt nur noch 29,6% das einsame Schlusslicht².

¹ Bei diesen Zahlen ist zu bedenken, dass in einigen Ländern, so auch in Frankreich, die Wahlberechtigten nur dann statistisch erfasst werden, wenn sie sich zuvor in Wahllisten eintragen haben lassen. Die offiziellen Zahlen beschönigen also die Realität, weil auch die Anzahl der BürgerInnen zunimmt, die sich erst gar nicht registrieren lassen. In den Achtzigerjahren lag die Zahl der nicht eingetragenen Stimmberechtigten in Frankreich bei etwa 10%, heute wird sie auf 15% geschätzt. Für die Kommunalwahlen von 2001 bedeutet dies zum Beispiel, dass die Beteiligung offiziell bei 67,2% lag, unter Berücksichtigung der nicht registrierten Stimmberechtigten effektiv aber nur etwa 57% betrug.

² In Belgien, Griechenland und Luxemburg besteht bei Regional- und Lokalwahlen Wahlpflicht. In Belgien lag die Beteiligung zuletzt durchwegs bei über 90% (2000), in Luxemburg bei 82% (1999); in Griechenland waren die regionalen Schwankungen groß (mehr als 80% in Thessaloniki, mehr als 70% in Athen, nur 46% in Arta). Deutlich sinkende Tendenzen verzeichneten die Niederlande (Kommunal-

Zum Teil dramatische Einbußen gab es bei Landtags- und Gemeinderatswahlen in Deutschland – und beträchtliche Rückgänge zuletzt auch in Österreich (Siehe Anhang, Tabellen 2.3, 2.4, 3.2 und 3.3).

Negativer Höhepunkt der Wahlmüdigkeit waren zuletzt die in allen 25 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführten Wahlen zum Europäischen Parlament – auch wenn es hier große Landesunterschiede gibt und die Wahlbeteiligung in manchen Staaten wieder etwas angestiegen ist – mit einer EU-weiten Wahlbeteiligung von nur noch 45,5% (Siehe Anhang, Tabelle 4).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die internationalen Zahlen einen eindeutigen und signifikanten **Rückgang bei der Wahlbeteiligung**, beginnend etwa mit dem Millenniumswechsel, belegen.

Normalisierung oder Verdrossenheit?

Für den Mannheimer Wahlforscher Dieter Roth (1992) ist eine sinkende Wahlbeteiligung *eher ein Zeichen der Normalisierung in einer funktionierenden Demokratie als ein Symptom für eine Krise unseres Systems*. Viel eher, so meint er, sollte man sich darüber wundern, dass es nach wie vor eine relativ hohe Wahlbeteiligung gebe, wo doch für etwa die Hälfte der Bevölkerung Politik kaum mehr eine Rolle spiele. Warum also sollten all diese Leute wählen gehen? Hohe Wahlbeteiligung bei freien Wahlen sehe er jedenfalls eher als ein Krisensymptom, eine Ansicht, die auch der österreichische Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer (OGM) beim „Standard-Montagsgespräch“ nach den EU-Wahlen teilte: Die Wahlbeteiligung steige auch mit zunehmender Spannung, Kontroverse und Krise, *und in dieser Hinsicht wünsche ich mir keine hohe Wahlbeteiligung*.

Die Höhe der Wahlbeteiligung sage jedenfalls kaum etwas über den Zustand eines politischen Systems aus, meinen manche Politikwissenschaftler mit Hinweis auf einen Blick über die eigenen staatlichen Grenzen. Noch keine Demokratie – siehe das Beispiel der Schweiz³ oder der USA – sei an zu niedriger Beteiligung gescheitert. Und tatsächlich sind die Beteiligungsquoten bei deutschen ebenso wie bei österreichischen Wahlen im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien immer noch recht hoch.

wahlen – 1986: 73,2%; 1990: 62,3%; 1994: 65,3%; 1998: 58,9%; Regionalwahlen 1987: 66,3%; 1991: 52,3%; 1995: 50,2%; 1999: 45,6%), Finnland (1980: 78,1; 1984: 74%; 1988: 70,5%; 1992: 70,9%; 1996: 61,3%; 2000: 55,7%) und auch Schweden (1991: 84%; 1994: 84,4%; 1998: 78,6%).

³ In der Schweiz ist die Beteiligung an Wahlen niedriger als in jedem anderen demokratischen Land. Bei den ersten Nationalratswahlen, die 1919 nach dem Proporzsystem durchgeführt wurden, erreichte die Wahlbeteiligung mit 80,4% ihren Höchststand. Am massivsten war der Rückgang nach 1967: Innerhalb dreier Legislaturperioden fiel die Wahlbeteiligung um fast 18 Prozentpunkte auf 48% (1979) – eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts im Jahr 1971 zurückgeführt wird. Seither bewegen sich die Werte zwischen 42% und 49%. Mögliche Erklärungen dafür: In der Schweiz werden die Stimmberechtigten nicht nur zu Wahlen, sondern auch zu Volksabstimmungen an die Urne gerufen, und dies mehrmals pro Jahr. Außerdem ist der Stellenwert der Wahlen im Vergleich zu anderen Ländern weniger hoch, da die Konkordanz zwischen den großen Parteien einen Machtwechsel in der Regierung praktisch ausschließt. Bei den letzten Kantonatswahlen erreichte die Wahlbeteiligung übrigens einen neuen Tiefststand: Thurgau 2000: 31,6%, Bern 2002: 29,5%, Zürich 2003: 35,5%. Der Politikwissenschaftler Adrian Vatter (Universität Konstanz) meinte dazu, diese geringe Zahl müsste alarmieren, wenn diejenigen, welche die Wahlzettel nicht ausfüllen, dies aus Unzufriedenheit mit dem politischen System täten. Dies sei jedoch nicht der Fall. Aus Umfragen wisse man, dass die Hälfte bis zu drei Viertel der Wahlabsinenten mit dem politischen System der Schweiz zufrieden seien und dass deren Präferenzen für Kandidierende und Parteien sich ungefähr mit denjenigen der Wählenden deckten.

Roth sieht jedenfalls *keine Krise der Demokratie*; dazu gebe es zu viele Befunde, die eher sogar das Gegenteil bewiesen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie sei – Umfragen zufolge – relativ groß, das System funktioniere. Für viele WählerInnen bedeute dies, dass nicht bei jeder Wahl das demokratische System zur Abstimmung stehe, dass man nicht jedesmal gebraucht werde, dass man sich den eigenen Interessen widmen könne, *und dieser schöne Sonntag nicht unbedingt dem Staat geopfert werden müsse*. „Normalisierung“ in einer funktionierenden Demokratie heiße deshalb die Hypothese, durch die das meiste erklärt werden könne.

Natürlich gebe es, das konzipiert auch Roth, einen gewissen Wandel. Zum Beispiel einen Wertewandel, der u.a. darin seinen Ausdruck finde, dass die Wahlteilnahme immer weniger als Bürgerpflicht angesehen werde. Viele, oft sehr profane Gründe, die heute zur Wahlabstänzen führen, hätten früher wohl niemanden vom Urnengang abgehalten. Die starke soziale Norm des Wählen-Müssens, die jahrzehntlang ein Charakteristikum der politischen Kultur in Deutschland war – und ähnliches ließe sich wohl auch über Österreich sagen – habe sich vor allem bei den jüngeren Wahlberechtigten abgeschliffen. Auch dies sei eher als Ergebnis eines Normalisierungsprozesses zu werten, denn als Krisensymptom des Systems.

Außerdem, so die Verfechter der Normalisierungsthese, seien die Neunzigerjahre nicht nur das Jahrzehnt der vielzitierten „Parteienverdrossenheit“, sondern auch jenes der Parteireformen gewesen, mit denen die politischen Parteien auf die Veränderungen im Politikverständnis und im Partizipationsverhalten der BürgerInnen reagiert hätten. Aus der scheinbaren Krise sei so der Anstoß zur Modernisierung erwachsen, wobei sich zwei Trends deutlich abzeichneten: die Integration direktdemokratischer Elemente und die Öffnung der Parteistrukturen.

Gegen diese von namhaften Sozialwissenschaftlern vertretene These der „Normalisierung“ spricht allerdings die in zahlreichen Umfragen immer wieder deutlich zu Tage tretende Parteien- und Politik(er)aversion. Für Ursula Feist (1992) ist der Rückgang der Wahlbeteiligung deshalb weniger ein Indiz für die unauffällige demokratische Normalisierung des politischen Lebens, als vielmehr ein Signal für vielfältig motivierte politische Unzufriedenheit und diffuse Verdrossenheit. Zum Ausdruck komme dieses Gefühl häufig im mangelnden Interesse an den politischen Entwicklungen – bis hin zum völligen Desinteresse an „der Politik“ im allgemeinen –, im Glauben, dass es für die eigenen Lebensverhältnisse völlig unwichtig sei, welche Parteien und PolitikerInnen gewählt würden, weil man als Einzelner keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen besitze und sich „ohnedies nichts ändern“ werde, und münde nur allzu oft in ein weit verbreitetes Misstrauen gegen „die politische Klasse“, in Wahlenthaltung als Protest gegen die mangelnde Trennschärfe der Parteien und in ein immer geringer werdendes Vertrauen vieler BürgerInnen in das gesamte politische System, das für viele Menschen in erster Linie durch Skandale gekennzeichnet sei.

Die Prozesse der vielzitierten Normalisierung – wie demokratische Machtwechsel, Aufkommen der Grünen, Abnahme der sozialen Determination des Wahlverhaltens etc. – seien jedenfalls von „beunruhigenden Symptomen“ begleitet. Ein Blick auf die Ränder des politischen Spektrums, an denen es nur so von Populisten und One-Issue-Parteien wimmelt, bestätigt diesen Befund (Feist 1992).

Angesichts der zunehmenden Apathie und Entfremdung sowie der Tatsache, dass Wahlenthaltung stets auf Kosten der ohnedies benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Frauen, ärmere, weniger gebildete, jüngere und ältere Personen) geht, muss die Ansicht, wonach eine niedrige Wahlbeteiligung nur die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem System widerspiegeln, beinahe als blanker Zynismus bewertet werden. **Die Höhe der Wahlbeteiligung ist wichtig**, weil die Wahl in einer Demokratie, neben allen anderen Möglichkeiten der Beteiligung, die einzige unverzichtbare Partizipationsform darstellt, da nur sie den Wettbewerb zwischen den politischen Parteien und ihren Programmen gewährleistet (Anduiza Perea, 2002). Wenn Demokratie bedeutet, dass alle Macht vom Volk ausgeht,

dann ist die politische Teilnahme und Teilhabe eine Grundvoraussetzung für die politische Mitsprache, und zwar nicht die einiger weniger, sondern möglichst vieler. In der Ausgangsfrage „Normalisierung oder Krise“ weisen die umfangreichen Zahlen für den großen Teil der NichtwählerInnen jedenfalls eindeutig in Richtung „Krise“ (Völker 1998).

Politik, Gesellschaft und Zeitgeist

Demoskopien haben in der erodierten Bindung der WählerInnen zu den politischen Parteien einen der wesentlichsten Gründe für die steigende Wahlenthaltung ausgemacht. Eine Ende 2001 veröffentlichte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung schließt aus der Analyse von Umfrageergebnissen aus den Jahren 1990 bis 2001, dass der Kreis der StammwählerInnen⁴ dramatisch abgenommen habe – zweifellos eine Folge der Auflösung traditioneller Sozialmilieus, oder zumindest des Bewusstseins der Zugehörigkeit zu einem solchen Milieu. Etwa die Hälfte der Wahlberechtigten kann oder will sich nicht mehr mit einer bestimmten Partei identifizieren. Alle Daten, so die Studie, bestätigen diesen Trend: Das Wähler- ebenso wie das Nichtwählerverhalten wird immer flexibler und unberechenbarer, und das Parteiensystem dadurch volatiler. Die nachlassende Wertebindung führt zur Zunahme der Wechsel-, aber auch der NichtwählerInnen, und zur Bereitschaft, auch einmal neue Ideologien „auszuprobieren“.

Manchen gilt der steigende Anteil der WechselwählerInnen als guter Indikator für den Zustand des gesamten politischen Systems. Die zunehmende Beweglichkeit der Stimmberechtigten werten die Optimisten als Schritt hin zu einer offeneren, partizipativeren und individualistischeren Politik. Die Pessimisten hingegen befürchten, dass ein Übermaß an Wählerbewegungen das politische System langfristig instabil machen könnte.

Wenn in Zeiten wachsender Bindungslosigkeit nicht nur das Wahlverhalten immer schwieriger vorhersehbar wird, sondern auch die Wahlbeteiligung stark zurückgeht, so ist das auch eine fast unvermeidbare Folge gesellschaftlicher Entwicklungen – und dürfte sich entsprechend fortsetzen, da eine Trendwende bei eben diesen gesellschaftlichen Auflösungs- (oder positiver gesprochen: Individualisierungs-)prozessen nicht in Sicht ist. Die Verlagerung von „Pflichtwerten“ zu „Selbstentfaltungswerten“, die Individualisierung des Menschen und die Pluralisierung der Lebensstile ist offensichtlich nicht aufzuhalten.

Wolfgang Streeck (1987) spricht in diesem Zusammenhang vom „Aussterben der Stammkunden“ und von einer „wachsenden Dienstleistungsmentalität“ auch in jenen Bereichen, die früher überwiegend vom Ehrenamt gelebt haben. Durch die nachlassende Bindungsfähigkeit (oder -bereitschaft) werden Bindungen an organisierte Institutionen instrumenteller und verlieren nach und nach ihre affektive Dimension. Eine der nicht nur für politische Parteien, sondern für viele „intermediäre Organisationen“ (Verbände, Religionsgemeinschaften etc.) schmerzhafteste Folge dieser Entwicklung ist die zunehmende *Austrocknung der vororganisatorischen Quellen formaler Organisation und organisatorischer Loyalität*, die sich in dramatisch sinkenden Mitgliederzahlen niederschlägt (Siehe Anhang, Tabelle 5). Grundsätzlich ist dabei festzuhalten, dass alle politischen Parteien mit einem deutlichen Rückgang der Mitgliederzahlen, mit Überalterung und mit großen Problemen bei der Mobilisierung ihrer AnhängerInnen zu kämpfen haben. In Deutschland liegt das Durchschnittsalter der Parteimitglieder bei den großen Volksparteien bei über fünfzig, und selbst bei den

⁴ Die Stammwählerschaften als Bestandteile der Gesamtwählerpotentiale sind bei den deutschen Volksparteien in den letzten Jahren drastisch geschrumpft. Die CDU/CSU kann derzeit auf 10% der Wahlberechtigten als Stammwähler bauen. Nur noch 8% der Wahlberechtigten sind Stammwähler der SPD (Brunner, 2001). Nach früheren Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung lag die Zahl der Stammwähler 1980 bei 60%, Anfang der Neunzigerjahre bei immerhin noch 44%; gleichzeitig stieg der Anteil der Wechselwähler von 24% auf 43%. Und: 30-40% stufen sich als potentielle Nichtwähler ein (Feist, 1994).

Grünen schon bei etwa vierzig Jahren. Damit aber drohen die Parteien „auszutrocknen“, weniger finanziell, als vielmehr in ihren Humanressourcen. Parteien und politische Arbeit gelten eben, wie Andreas Kießling (2001) es so treffend formuliert hat, den meisten MitbürgerInnen als *spaßfreie Veranstaltungen*.

Die verstärkte Kosten-Nutzen-Orientierung („Dienstleistungsmentalität“), die zu Lasten der affektiv-expressiven Dimension der Organisationsbindung geht, führt zu einem deutlich distanzierteren und kritischeren Verhältnis zwischen den Mitgliedern der jeweiligen Organisation und ihrer Spitze – wobei diese „Abkühlung“ eine wechselseitige ist und wir auch ein stark abnehmendes moralisches Verpflichtungspotential der Organisationen gegenüber ihren Mitgliedern beobachten können. Die „Pflege“ der Mitgliedschaft wird zunehmend zu einer organisatorischen Sonderfunktion, und viele Organisationen erblicken einen immer größeren Teil ihrer Tätigkeit im Service und in der Dienstleistung. Die politische Partizipationsbereitschaft der Mitglieder wiederum erschöpft sich zumeist in zeitlich begrenztem Engagement und dient in allererster Linie dazu, eigene Interessen durchzusetzen, d.h. die Menschen nutzen das ihnen zur Verfügung stehende konventionelle und unkonventionelle Partizipationsreservoir situationsabhängig und sehr zielorientiert. Darüber hinaus überwiegt die Desillusionierung: Umfragen zufolge schätzen auch Parteimitglieder, von denen die „Inaktiven“ traditionell den größten Teil stellen, ihre Einflussmöglichkeiten als sehr gering ein; noch geringer ist allerdings die Bereitschaft, selbst ein Amt zu übernehmen.

Parallel zu dieser „De-Moralisierung der Institutionen“ sieht Streeck (1987) das Phänomen einer immer stärkeren „Moralisierung der Politik“, ein Dilemma, von dem zunehmend auch die neuen sozialen Bewegungen betroffen sind, die einerseits vorwiegend mit „Moral“ punkten, andererseits aber kaum Anspruch auf moralisch stabilisierte Mitgliedschaften und Loyalität erheben können – etwas, was sie grundsätzlich von der frühen Sozialdemokratie unterscheidet. Die wachsende Bedeutung, die die politischen Parteien der „Öffnung“, der „Transparenz“ und der „Partizipation“ beimessen, sei – illusionslos betrachtet – weniger auf das tatsächlich gestiegene Bedürfnis der Menschen nach solchen neuen Beteiligungsformen zurückzuführen, als vielmehr ein verzweifelter Versuch, die verloren gegangenen Bindungen wieder herzustellen.

Die *partizipatorische Revolution* (Max Kaase) der Siebzigerjahre hat kurzfristig einen Anstieg des politischen Interesses und der konventionellen Partizipation bewirkt. Längerfristig ist sie durch zwei Aspekte gekennzeichnet: Einer *De-Institutionalisierung* einerseits und einer Ausweitung des Beteiligungsrepertoires andererseits. Beides geht allerdings mit einer zunehmenden Ablehnung der etablierten politischen Institutionen einher und damit zu Lasten der traditionellen politischen Beteiligungsformen – deren wichtigste die regelmäßig stattfindenden Wahlen sind. Für die politischen Parteien aber wirft die Integration direktdemokratischer Elemente und die Öffnung und Flexibilisierung ihrer Strukturen eine ganze Reihe praktischer Probleme auf, wie z.B. jenes der innerparteilichen Machtverhältnisse (Dauerkonflikt Basis, mittlere und obere Funktionärssebene), oder das der möglichst harmonischen Außendarstellung in einer omnipräsenten Mediengesellschaft. Dadurch entsteht ein klassisches „Partizipations-Effizienzdilemma“: Die gewünschte Stärkung der Partizipationschancen hat z.T. negative Auswirkungen auf Effizienz und Output, und die gewünschte Effizienzsteigerung geht zu Lasten des Input. Vielfach allerdings ist die gestiegene Mitwirkungsbereitschaft der Menschen für die etablierte Politik ohnedies nicht mehr nutzbar; besonders deutlich trifft dies auf die JungwählerInnen zu – die Mitgliedschaften nahezu aller großen Parteien sind praktisch „jugendfrei“.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen weisen überdies einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der gesellschaftlichen Integration in sozialen Netzwerken (in Form von Mitgliedschaften in Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen oder anderen Organisationen) nach (Norris, 2002); das heißt, die Neigung zur Stimmabgabe bei Wahlen steigt mit der Einbindung der betreffenden Person in Familie, Nachbarschaft, Kirche, Vereine etc. Je mehr und je engeren Kontakt ein Bürger zu anderen Menschen hat, desto

größer ist die Chance, dass sein politisches Interesse geweckt oder verstärkt, dass eine mögliche Parteibindung vertieft oder er am Wahltag einfach nur „mitgenommen“ wird. Der positive Einfluss von Einbindung und „Geborgenheit“ auf die Neigung zur Stimmabgabe liegt natürlich auch in dem nicht zu unterschätzenden „sozialen Druck“: Wahlberechtigte mit vorhandener, aber schwacher Motivation zur Wahlbeteiligung werden im Wortsinn zum „Mitläufer“, wenn ihnen nahestehende Personen zur Wahl gehen. Je mehr Menschen das enge Umfeld ausmachen und je enger die Bindung ist, desto größer wird die Chance, dass, falls der eigene Drang zur Wahlurne nicht ausreicht, ein ausschlaggebender Impuls von außen erfolgt. Es überrascht daher nicht, dass NichtwählerInnen tendenziell weniger in die Gesellschaft integriert sind und sich unter ihnen auch deutlich mehr alleinlebende Personen befinden, die keinerlei intermediären Organisationen angehören.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der aktuelle Zeitgeist allen intermediären Organisationen zu schaffen macht, und dass es einen **nachweisbaren Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Integration und der Bereitschaft zur politischen Partizipation** gibt, weshalb sich auch umgekehrt nachweisen lässt, dass mangelnde gesellschaftliche Integration – ganz gleich, ob aus sozialen oder individuellen Motiven – diese Bereitschaft entscheidend senkt.

Soziale Faktoren

Arend Lijphart (1998), auf dessen Rezepte zur Hebung der Wahlbeteiligung wir später noch zurückkommen wollen, verweist zu Recht darauf, dass eine geringe Wahlbeteiligung immer auch eine geringe Beteiligung unterprivilegierter BürgerInnen ist, die in ihrer politischen Willenskundgebung ohnedies bereits stark benachteiligt sind. Schon seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts zeigt sich, dass Personen mit geringerer Bildung und geringerem Einkommen tendenziell weniger häufig wählen gehen. Zahlen aus den Niederlanden etwa belegen, dass nach der Abschaffung der Wahlpflicht im Jahr 1970 die Beteiligung bei den weniger Gebildeten viel stärker abfiel, als bei den besser gebildeten Personen.

Auch eine in Hamburg durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, dass jene Stadtteile, in denen es vergleichsweise wenige SozialhilfeempfängerInnen, eine niedrige Arbeitslosigkeit, viele Wahlberechtigte mit höheren Schulabschlüssen und überdurchschnittlichen Einkommen gibt, bei der Bundestagswahl 1998 eine signifikant höhere Wahlbeteiligung aufwiesen. Dort, wo die Arbeitslosigkeit niedrig ist, betrug die Beteiligungsquote 88,1%; in Stadtteilen mit hohem Arbeitslosenanteil gaben nur 75,1% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Bei überdurchschnittlich hohem Einkommensniveau beteiligten sich 87,7% der Wahlberechtigten; in sozial schwächeren Wohngebieten mit geringem Durchschnittseinkommen nur 77,7%.

Diese Zahlen entsprechen weitgehend der von Norris (2002) aufgestellten These, dass die Faktoren sozialer Status, Einkommen und Bildung bei der Wahlbeteiligung einen Unterschied von bis zu 10% ausmachen können, wobei diese Unterschiede, wie wir im folgenden noch zeigen werden, in Europa – zuungunsten der Wahlbeteiligung freilich! – langsam abnehmen. Noch lässt sich jedenfalls ein klarer Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozioökonomischem Entwicklungsstand einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits nachweisen. Nicht wählen zu gehen ist traditionell ein Abstimmungsverhalten, mit dem die untersten sozialen Schichten sich selbst von der Mitentscheidung ausschließen und ihre gesellschaftliche Marginalisierung fortschreiben (Garrigou, 2002). Der Politologe Walter Dean Burnham hat diesen Sachverhalt für die Vereinigten Staaten in der Beobachtung zusammengefasst, dass die „obere Hälfte“ der Bevölkerung wählen geht, während die „untere Hälfte“ zu Hause bleibt. Das aber bedeutet, dass gerade linke Parteien bei geringer Wahlbeteiligung eher zu den Verlierern gehören werden.

Anduiza Perea (2002) weist in ihrer Studie nach, dass die Korrelation zwischen Alter, Bildung, Einkommen, Familienstand, Mitgliedschaft bei Parteien, Gewerkschaften etc., Kirchenbesuchshäufigkeit und politischem Interesse einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits messbar ist, und dass die Wahlbeteiligung bei Personen mit „günstigem Index“ deutlich höher liegt. Umgekehrt zeigt die Sozialstrukturanalyse, dass je mehr relevante Merkmale (Frauen, niedriges Alter, keine Hochschulreife, Arbeiter bzw. einfacher Angestellter/Beamter und Single) jemand auf sich vereinigt, desto höher die Chance ist, dass er/sie nicht wählen geht (Völker, 1998).

Dass soziale Faktoren, verbunden mit dem weitverbreiteten Gefühl eines bestenfalls „sekundären Wahlgangs“ noch zu wesentlich dramatischeren Unterschieden führen können, zeigten die Ergebnisse der EU-Wahl von 1999 in Schweden. Die überaus geringe Beteiligung von nur 38,8% wurde in einem Land mit einer langen Tradition eifriger Stimmabgabe bereits als ein Schock empfunden. Um so größer war dieser, als sich herausstellte, dass die Beteiligung in wohlhabenden Wohngebieten um bis zu 30 Prozentpunkte höher lag, als in Gebieten, in denen die Einkommen niedrig, die Einwanderer zahlreich und die Arbeitslosigkeit hoch ist. *Diese Europawahl ist wahrscheinlich Schwedens am stärksten klassengeprägte Wahl seit den zwanziger Jahren*, meinte deshalb der Staatswissenschaftler Peter Esaiasson von der Universität Göteborg.

Wie wir gesehen haben, **steigt die Wahlbeteiligung mit Bildung, Berufsstatus und Einkommen**. Außerdem wächst die Bereitschaft zu wählen, wie wir im folgenden Abschnitt noch näher ausführen werden, mit steigendem Alter, nimmt aber nach 60 langsam wieder ab. Frauen gehen traditionell und tendenziell immer noch in etwas geringerem Maße zur Wahl als Männer. Generell lassen sich Angehörige von Randgruppen seltener zur Stimmabgabe bewegen. Dazu kommt die Tatsache, dass längerfristige Einstellungen immer öfter durch kurzfristige Einflüsse überlagert werden, z.B. von der voraussichtlichen Knappheit des Ergebnisses, von bewegenden Themen oder Personen.

Allerdings treffen diese „klassischen“ Korrelationen der Wahlforschung umso weniger zu, je stärker die Zahl der NichtwählerInnen anwächst. Mittlerweile nimmt die Beteiligung, wie eingangs bereits gezeigt wurde, in nahezu allen Ländern ab – und das, obwohl fast überall Bildung und Wohlstand deutlich gestiegen sind. Zunehmend verzichten auch neue soziale Schichten – und erstaunlicherweise vor allem die erfolgreichen und wohlhabenderen – darauf, sich mit ihrer Stimmabgabe an der gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildung zu beteiligen. Gerade die sogenannten Doppelverdienerhaushalte – mit ihrer ganz auf die Arbeit und den Lebensstandard konzentrierten Lebensweise – fühlen sich immer weniger für die öffentlichen Belange verantwortlich und zuständig, und verabschieden sich von der Politik.

Über die Ursachen für die neue Wahlverdrossenheit der wohlhabenden Schichten wurde viel spekuliert. Klar ist, dass diese zumindest beruflich erfolgreichen Menschen das unter „klassischen“ NichtwählerInnen weitverbreitete Gefühl der Ohnmacht nicht teilen. Die Auffassung jedoch, dass ihre Stimmabgabe nutz- und folgenlos bleibt, ist auch unter ihnen weit verbreitet. Bezeichnenderweise gehören diese neuen NichtwählerInnen gesellschaftlichen und beruflichen Milieus an, in denen die Erfahrung wechselseitiger Abhängigkeit besonders stark erlebt wird. Zugleich herrscht in diesen Milieus vielfach die Überzeugung vor, dass man die Entscheidungszentren verlagern – weg von Politik und Staat, hin zur Wirtschaft und in die großen Unternehmen – und die Entscheidungen eher dezentral fällen müsse. Diese Entwicklung, fürchtet Garrigou (2002), dürfte aufgrund der größeren Zahl junger und gut ausgebildeter Menschen noch weiter zunehmen.

„Problemfall“ Jugend

Unterschiede in der Wahlbeteiligung nach Alter gibt es praktisch überall – und es gab sie immer schon. Die Wahlbeteiligung Jugendlicher, soweit sie sich zurückverfolgen lässt, war stets geringer als die durchschnittliche Teilnahme. Wobei es auch hier zu differenzieren gilt: Es gibt eine relativ hohe Erstwahlbeteiligung, dann ein relativ großes Desinteresse, und mit zunehmenden Alter eine verstärkte politische Involvierung und damit auch eine höhere Rate der Wahlbeteiligung; der höchste Wert ist bei den etwa Fünfzigjährigen erreicht, dann kommt es wieder zu einem langsamen, aber kontinuierlichen Abfall.

Als ein typisches Beispiel kann die im Detail untersuchte Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2002 in der Stadt Bremen gelten. Ältere Wahlberechtigte beteiligten sich, wie es schon bei vorangegangenen Wahlen beobachtet werden konnte, relativ häufiger an der Wahl als Jüngere. So erreichte die Wahlbeteiligung ihren höchsten Wert bei den 60- bis unter 70-Jährigen (83,9%) und bei den 50- bis unter 60-Jährigen (82,7%). Bei den jüngeren Personen konnte hingegen ein spürbar niedrigeres Wahlinteresse festgestellt werden. Eine besonders ausgeprägte Wahlmüdigkeit zeigte sich hierbei in den Altersgruppen der 21- bis unter 25-Jährigen, von denen nur 64,5% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Eine Ausnahme unter den jüngeren Wahlberechtigten machten dagegen die erstmals an einer (Bundestags-)Wahl teilnehmenden 18- bis unter 21-Jährigen, von denen 73% ihre Stimme abgaben (Quelle: Statistisches Landesamt Bremen).

Sehr aufschlussreich ist hierbei übrigens die Korrelation zwischen den weiter oben erwähnten sozialen Faktoren und dem Faktor Lebensalter. Im Querschnittsländervergleich zeigte sich, dass ein hoher Anteil älterer Menschen und ein hoher Anteil von BürgerInnen mit hohen Bildungsabschlüssen eine höhere Wahlbeteiligung bedeutet⁵. Deutlich wird aber auch, dass das Alter – unabhängig von sozialem Status und Bildung – eine immer größere Rolle spielt: **Das Alter ist somit der stärkste Sozialindikator der Wahlbeteiligung.**

Soweit also kein Grund zur Beunruhigung. Allerdings sank die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-jährigen Wahlberechtigten (= „Jungwähler“) in Deutschland im Laufe der Neunzigerjahre noch stärker, als die durchschnittliche, und lag zuletzt um fast ein Viertel unter dem Gesamtdurchschnitt⁶. Beteiligten sich bei den Bundestagswahlen von 1983 noch 84,5% der JungwählerInnen, so waren es 1990 nur noch 62,9%; bei Landtagswahlen fiel der Wert von 70,6% in den Siebzigern auf zuletzt 48,2%. Gleiches lässt sich auch über die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in den Parteien feststellen. Die Zahl der unter 29-jährigen Mitglieder in SPD und CDU ist zwischen den Jahren 1980 und 1998 von fast 230.000 auf etwa 75.000 gesunken, was einem Rückgang um 67% entspricht. Der Jungmitgliederanteil (16-24-Jährige) in der SPD sank von 10,8% im Jahr 1974 auf 2,8% im Jahr 1999; bei der CDU betrug er schlanke 2,5% (siehe auch Anhang, Tabelle 5). Bei den lange Zeit als „junge Partei“ eingeschätzten Grünen gibt es über den Anteil der unter 29-Jährigen keine offiziellen Angaben; Schätzungen aus dem Jahr 1996 (12,5%) dürften nach dem rasanten Anpassungsprozeß der früheren Oppositions- zur Regierungspartei heute wohl kaum mehr realistisch sein.

Beunruhigende Zahlen und Fakten werden auch aus Österreich vermeldet. Laut der „Österreichischen Jugend-Wertestudie 1999/2000“ (befragt wurden 1.000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 24 Jahren im Mai/Juli 2000) wollen nur 7% der österreichischen Jugendlichen aktiv in der Politik mitwirken; 92% hingegen lehnen dies ausdrücklich ab!

⁵ Die früher bestehenden Unterschiede nach Geschlecht (Männer beteiligten sich stets mehr als Frauen) haben sich in den letzten Dekaden zu verwischen, ja in einigen Fällen sogar umzudrehen begonnen (Norris, 2002).

⁶ 1972, als das Wahlalter in der BRD auf 18 Jahre abgesenkt wurde, betrug der Abstand zwischen der jüngsten und der ältesten Wählergruppe 8,7%. 1990 lag er bei 21,4% (Feist, 1994).

PolitikerInnen gingen aus dieser Umfrage überdies als jene Berufsgruppe hervor, die das geringste Vertrauen unter den Jugendlichen genießt. Besonders bedenklich ist der Umstand, dass bei der großen Gruppe der „Distanzierten“ die Ausländerfeindlichkeit bereits extrem hohe Werte annimmt; parallel dazu ist bei vielen Jugendlichen (39% der männlichen und 35% der weiblichen Jugendlichen) eine starke Hinwendung zum Autoritarismus festzustellen. Insgesamt 24% erklärten, dass sie einen „starken Mann“ *eher gut* bzw. sogar *sehr gut* fänden (Friesl, 2001; vgl. auch Amreither, 2000).

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse der deutschen „Shell-Jugendstudie 2002“, die in ihrer Grundtendenz mit großer Wahrscheinlichkeit auch auf Österreich anwendbar sind. Wichtigstes Resultat: Das allgemeine Interesse an Politik ist in der heutigen Jugend weiter rückläufig. Nur noch 34% der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren bezeichnen sich selbst als *politisch interessiert* – gegenüber 55% im Jahr 1984 bzw. sogar 57% im Jahr 1990. Ganz entscheidend ist auch hier der Faktor des Bildungsniveaus, denn immerhin reklamieren etwa zwei Drittel der Studierenden und ein signifikant höherer Anteil der GymnasialschülerInnen für sich ein Interesse an Politik. In der österreichischen Studie waren es 27%, die sich *kaum*, und 26%, die sich *gar nicht* für Politik interessierten; oder anders herum: 31% der StudentInnen, 19% der AHS-SchülerInnen und nur 10% der SchülerInnen anderer Schultypen zeigten sich an Politik interessiert (Zentner, 2001)

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland hält die Demokratie an sich für eine gute Staatsform. Es herrscht allerdings eine weitverbreitete Skepsis gegenüber der demokratischen Praxis vor. Die Jugendlichen sind „unzufriedene Demokraten“. Insgesamt ist die Kritik an der Politik bei jenen Jugendlichen besonders hoch, die sich in prekären Lebensverhältnissen – v.a. was Bildung und Beruf betrifft – befinden, oder die mit ihren gesellschaftlichen Perspektiven unzufrieden sind. Die problematische Beurteilung der Demokratie entpuppt sich demnach als Kritik an den eigenen Lebensverhältnissen sowie als persönliche Reaktion auf fehlende Chancen in Beruf und Gesellschaft.

Das Vertrauen der Jugendlichen in die gesellschaftlichen Institutionen und Akteure bestätigt dieses wenig erfreuliche Bild. Hohes Vertrauen genießen solche staatlichen Institutionen, die als *parteionabhängig* angesehen werden, wie etwa das Bundesverfassungsgericht (63% im Westen, 58% im Osten), Justiz (53% bzw. 48%) und Polizei (55% bzw. 49%), oder Vereinigungen außerhalb des Staates und der Parteien, zum Beispiel „Greenpeace“ (64% im Westen, 56% im Osten), diverse Bürgerinitiativen (54% bzw. 57%) und auch Gewerkschaften (rund 40% in Ost und West). Weit abgeschlagen rangieren dagegen der Bundestag (37% bzw. 31%) und die Bundesregierung (29% bzw. 26%). Das geringste Vertrauen wird den politischen Parteien entgegengebracht. Ähnliches gilt auch für Österreich. Bei den Jugendlichen ging das Vertrauen in die Institutionen seit der ersten Jugendstudie im Jahr 1990 massiv zurück. Nur drei Institutionen genießen hier *großes Vertrauen*: Schul- und Bildungssystem, Polizei und Justiz.

Nur 35% der (deutschen) Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren gaben an, sich – sofern sie wahlberechtigt wären – *ganz sicher* an der nächsten Bundestagswahl zu beteiligen, während weitere 37% meinten, sie würden *wahrscheinlich* wählen gehen. Je jünger die Jugendlichen, desto geringer die Bereitschaft, sich an einer Bundestagswahl zu beteiligen. In Österreich kommt die Studie zu dem Schluss, dass sich bei den 16-24-Jährigen etwa 24% enthalten würden. Würde *morgen* gewählt, wären die NichtwählerInnen bereits die stärkste Gruppe, gefolgt von Grünen, FPÖ, ÖVP – und SPÖ, ein Befund, der zumindest für die FPÖ nicht mehr stimmen dürfte.

Differenziert man die Jugendlichen nach ihren Einstellungen zu Politik, Demokratie und Gesellschaft, so lassen sich vier Grundtypen unterscheiden. Knapp ein Viertel (22%) gehören zu den *mitwirkungsbezogenen* Jugendlichen, die von ihrer Grundhaltung her im weiteren Sinne als „politisiert“ bezeichnet werden können. Sie orientieren sich an den Normen der Demokratie und stehen für Mitbestimmung und Engagement. Überproportional

häufig handelt es sich dabei um etwas ältere und besser gebildete Jugendliche, die bereits studieren oder die gymnasiale Oberstufe besuchen. Kurz: Wer davon überzeugt ist, dass er seine Biografie meistern kann, der fühlt sich auch dem politischen System relativ nahe.

Das Gegenstück hierzu bilden mit einem weiteren knappen Viertel (24%) die *politik-kritischen* Jugendlichen. Sie weisen die größte Distanz zur Politik auf und charakterisieren sich selber am stärksten als *politikverdrossen*. Parteipolitik wird von ihnen rundweg abgelehnt. Ihr Interesse an Politik ist gering, obwohl sie sich eigentlich als *politisch kompetent* einstufen. Auch diese Jugendlichen orientieren sich an den Grundwerten der Demokratie und weisen trotz ihrer Unzufriedenheit eine hohe Akzeptanz gegenüber unserem gesellschaftlichen System auf. Sie sind ebenfalls etwas älter und überproportional häufig bereits erwerbstätig, viele von ihnen befinden sich allerdings noch in Ausbildung, sind arbeitslos bzw. aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig.

Mit 31% bilden die *politisch desinteressierten* Jugendlichen die größte Gruppe innerhalb der Politiktypologie. Sie reklamieren für sich so gut wie keinerlei Interesse an Politik und schreiben sich nur eine geringe politische Kompetenz zu. Überproportional häufig handelt es sich dabei allerdings um sehr junge „Kids“, die in der Regel die Haupt- oder Realschule, zum Teil aber auch die gymnasiale Unter- oder Mittelstufe besuchen. Sie sind häufig in ihrer Meinung noch nicht festgelegt und im Zuge ihres individuellen Reifungsprozesses vorrangig mit sich selbst und weniger mit der Gesellschaft im Ganzen beschäftigt.

Weitere 23% der Jugendlichen können schließlich als im weitesten Sinne *ordnungsorientiert* bezeichnet werden. Diese Gruppe ist relativ inhomogen. Zwar bekennen sie sich mehrheitlich zur Demokratie, doch besteht unter ihnen ein weniger intensives Verhältnis zu den demokratischen Freiheiten, etwa zum Recht auf Opposition und zur Meinungsfreiheit. Wichtig erscheint diesen Jugendlichen, dass politische Angelegenheiten straff und ohne große Debatten geregelt werden.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen führen zu einem differenzierteren Bild im Verhältnis von Jugend und Politik. Insgesamt beziehen sich die heutigen Jugendlichen eher sporadisch auf Politik. „Politisch sein“ ist heute nicht mehr „in“. Selbst bei den politisierten, mitwirkungsbezogenen Jugendlichen lässt sich wenig „Faszination“ an der großen Politik erkennen. Hinzu kommt die verbreitete Politikkritik, die als „Parteienverdrossenheit“ zu einer erkennbaren Distanz führt. „Ideologie“ ist bei den Jugendlichen als Orientierungsrahmen offensichtlich „out“. Die häufig geforderte „neue Jugendbewegung“ wirkt in diesem Lichte geradezu anachronistisch. Die Idee von einem selbstbestimmten Leben jenseits von gesellschaftlichen Zwängen, die mit dem Begriff der „neuen Jugendbewegung“ verbunden wurde, passt offenbar immer weniger mit der Lebensrealität und den tatsächlichen Vorstellungen der heutigen Jugend zusammen.

Fazit daraus: „Die Jugend“ gibt es zunächst einmal nicht. Soziale Herkunft und Bildung spielen auch hier die wohl entscheidendste Rolle. Es besteht ein enger Zusammenhang von Politik und Gesellschaft mit den eigenen biografischen Erfahrungen. Gemeinsam ist der Jugend der späten Neunzigerjahre und des jetzigen ersten Dezenniums wohl das mehr oder weniger diffuse – im Fall von fehlenden Ausbildungsplätzen und früher Arbeitslosigkeit allerdings bereits sehr konkrete – Gefühl der Bedrohung und der Zukunftsangst. Viele reagieren darauf mit einem Rückzug ins Private (*cocooning*) und einem diffusen antipolitischen Politikverständnis. „Individualität“ wird großgeschrieben, „Gesellschaft“ in erster Linie als „Fun- und Spaßgesellschaft“ wahrgenommen. Die Jugend befindet sich vielfach auf dem Marsch aus den Institutionen, die man illusionslos, zumeist desinteressiert, zum Teil auch offen ablehnend betrachtet. Bedenklich ist, dass der politische Unmut mittlerweile auch auf Einrichtungen des öffentlichen Lebens überschwappt und die Institutionen des Staates in Mitleidenschaft zieht (Feist, 1994). Gleichzeitig aber ist der Grad des Unwissens bezüglich des politischen Systems und seiner Funktionsmechanismen erschreckend hoch (Amreither, 2000; Glaab, 2001; Kießling, 2001). Sollten diese Einstellungen in dauerhafte Apathie und

politische Abstinenz umschlagen, so könnten sich jedenfalls bereits sehr bald ernsthafte Legitimationsprobleme ergeben (Fedke, 1996).

Aber auch jene Jugendlichen, die sich engagieren wollen, tun dies meist nicht in der traditionellen Politik und den Parteien, die ihr früheres Monopol auf politische Beteiligung schon längst mit Bürgerinitiativen und antiinstitutionellen Institutionen teilen müssen. Allerdings scheint auch deren Hochkonjunktur bereits überschritten zu sein. Die theoretische Bereitschaft zu unkonventioneller Partizipation ist jedenfalls wesentlich größer, als die tatsächliche Beteiligung. Die Trennlinie, meint Elmar Wiesendahl (2001), verläuft heute nicht mehr *zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation, sondern zwischen anstrengender und nicht anstrengender*. Und der Trend geht ganz eindeutig zur konsumtiven Partizipation („Politik light“).

Jugendliche sind, dies wird durch die Ergebnisse deutlich belegt, nicht überwiegend an Politik desinteressiert, sie finden sich aber nur unzureichend in dem derzeitigen politischen System vertreten und entwickeln hieraus eine starke Politikskepsis. Nicht die Jugend, so könnte man die Ergebnisse zusammenfassen, ist politikverdrossen, sondern sie erlebt im Gegenteil die Politik als jugendverdrossen. Die Anbiederung der Parteien an die Jugend und ihr Betteln um Partizipation wird von den meisten deshalb nur noch als peinlich empfunden.

Trost könnte den etablierten Parteien, denen die Jugend abhanden kommt, noch die „Lebenszyklusthese“ bieten, die davon ausgeht, dass jede neue Welle des politischen Protests sich durch lebenszyklische Etablierungseffekte früher oder später „von selbst erledigt“. Dem steht allerdings die „Generationsthese“ gegenüber, die in der Abfolge der Generationen den entscheidenden Mechanismus eines Wertewandels sieht, der bereits voll im Gange ist (Bürklin, 1992). Verweigerung und Ablehnung lassen jedenfalls **auf eine politisch initiierte Entpolitisierung der Jugend** schließen.

Institutionelle und politische Faktoren

Zweifellos spielen auch institutionelle Regeln eine gewisse Rolle bei der Höhe der Wahlbeteiligung. Zu nennen wäre hier zunächst der Wahlrechtstyp: je niedriger die Repräsentationsschwelle (z.B. in Form von Sperrklauseln) für kleinere Parteien ist, desto höher ist auch die Wahlbeteiligung. Studien zeigen, dass hohe Repräsentationshürden die Wahlbereitschaft signifikant verringern, und zwar v.a. bei Personen mit hoher Partizipationsbereitschaft (Anduiza Perea, 2002). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Möglichkeit zur Abgabe von Vorzugsstimmen sich auf Personen mit großer Partizipationsbereitschaft positiv auswirkt, während sie bei Personen mit geringer Bereitschaft eher die Tendenz zur Wahlabstention verstärkt.

Ein weiterer Faktor zur Erhöhung der Wahlbeteiligung ist die Wahlpflicht, wie sie in einigen europäischen Staaten immer noch besteht bzw. bis vor wenigen Jahren bestand. Wahlpflicht erhöht die Beteiligung signifikant, v.a. bei Personen mit geringer Partizipationsbereitschaft – auch wenn die Sanktionen gering und ihre Durchsetzung nur lasch gehandhabt sind.

Arend Lijphart (1998) verweist in seinen Empfehlungen zur Hebung der Wahlbeteiligung deshalb auch auf Studien aus angelsächsischen Ländern – die in der Regel traditionell eine wesentlich geringere Wahlbeteiligung aufweisen, als etwa Österreich oder Deutschland –, die auf die Kombination mehrerer Faktoren zur Hebung der Wahlbeteiligung hinauslaufen: einfache Registrierung, proportionale Verteilung, Wählen am Wochenende und Wahlpflicht. Außerdem sollten „zweitrangige“ lokale Wahlgänge mit „erstrangigen“ nationalen kombiniert werden, weil zu häufige Wahlgänge die Beteiligung senken. Allerdings sind für mitteleuropäische Verhältnisse nur die Wahlpflicht und das zeitliche Zusammenlegen von Wahl-

gängen relevant – die restlichen Bedingungen sind hierzulande ohnedies erfüllt. Ob eine Wiedereinführung der Wahlpflicht, die dem „Zeitgeist“ konträr zuwiderläuft, politisch überhaupt „machbar“ wäre, darf allerdings bezweifelt werden.

Große Hoffnungen wurden mancherorts auch auf das „e-Voting“, also auf die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe, gesetzt. Die bisherigen – natürlich nur punktuellen – Erfahrungen mit dem e-Voting verliefen allerdings eher ernüchternd. So z.B. sind, wie aus einem Bericht der Electoral Reform Society hervorgeht, die bei den englischen Lokalwahlen 2003 durchgeführten eVoting-Trials nicht erfolgreich verlaufen. Als eVoting-Methoden wurden Stimmabgaben per Internet, per Telefon, Rückkanal-TV und per SMS erprobt. Insgesamt beteiligten sich 59 Gemeinden mit immerhin 6,5 Mio. Einwohnern an dem Experiment, darunter 32 Gemeinden mit Briefwahl und 17 mit e-Voting als Zusatzangebot zur herkömmlichen Stimmabgabe. Nur in einer der eVoting-Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung, in Summe ergab sich jedoch ein leichter Rückgang um 1,5%, während sie in den ausschließlich herkömmlich abstimmenden Gemeinden zumindest gleich (niedrig) blieb. Nüchternes Fazit: *e-Voting erhöht den Komfort, nicht aber die Zahl derer, die es der Mühe Wert finden, zu wählen.* Der Versuch der Regierung, durch elektronische Stimmabgaben von zu Hause die Wahlbeteiligung zu erhöhen, sei damit vorerst gescheitert. Eine Zunahme konnte hingegen in den Briefwahlgemeinden registriert werden. Dort erreichte die Wahlbeteiligung rund 50%, gemessen an kontinentaleuropäischen Standards immer noch keine besonders hohe Teilnahme, aber eine deutliche Zunahme.

Neben der allgemeinen Einführung von Briefwahlen empfiehlt die Electoral Reform Society der britischen Regierung drei weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung: Einerseits sollten die politischen Parteien zu positiver Wahlwerbung und klarer Darlegung ihrer Pläne übergehen. Zusätzlich könnten Informationskampagnen über die Wahl, den gewählten Vertretungskörper und den Wahlmodus nützlich sein. Und schließlich solle ein proportionales Wahlsystem mit Vorzugsstimmen eingeführt werden.

Generell darf jedoch der Einfluss institutioneller Faktoren auf die Wahlbeteiligung **nicht überschätzt** werden. Erleichterungen bei der Stimmabgabe etwa wirken wesentlich schwächer als vielfach angenommen (Anduiza Perea, 2002). Wichtiger sind hier wohl gewisse politische Faktoren, die von Land zu Land, aber auch in der zeitlichen Entwicklung stark differieren können, wie etwa das Ausmaß der Polarisierung und Emotionalisierung im Wahlkampf – und die damit verbundene Wählermobilisierung –, die Kandidatenkonstellation, die Frage, ob es sich um Wahlen „erster“ oder „zweiter Ordnung“ handelt oder die Charakteristika des jeweiligen Parteiensystems.

Ebenso hierher gehören aber auch das Vertrauen in die Kompetenz und Problemlösungsfähigkeit der politischen Parteien und ihrer RepräsentantInnen. Dieses ist in den letzten Jahren auf einen kaum mehr zu unterbietenden Tiefstand gefallen, was natürlich auch damit zusammenhängt, dass das Wissen um komplexe Interdependenzen und Kausalitäten – weshalb die meisten Regierungswechsel auch kaum wirkliche Kurswechsel bringen – jeden visionären Ansatz lähmt, weshalb die Politik immer mehr zur symbolischen Politik und zur Politikdarstellung verkommt, die sich aus Angst vor Fehlern in das scheinbar sichere „Non-decision-making“ retten zu können glaubt. Dieses „Versagensdilemma“ der Parteien, die immer noch alle Macht und Kompetenz beanspruchen, obwohl klar ist, dass sie viele wirklich wichtige Entwicklungen gar nicht mehr kontrollieren oder auch nur beeinflussen können, entwickelt sich zusehends zur Wählervertreibungsaktion. Die BürgerInnen registrieren den Kompetenzverlust der Parteien, ganz gleich, ob die Parteien sich alle Macht arrogieren – und nichts damit anfangen können – oder ob sie sich scheinbar bescheiden zurückziehen, und sind verstimmt (Feist, 1994).

Das Verschwinden von weltanschaulichen Gruppierungen und Klassenparteien, die nach außen hin immer geringer werdenden politischen Unterschiede zwischen den großen Parteien, die nach Ansicht ihrer Spin-Doktoren ein angebliches Harmoniebedürfnis bedienen

müssen, das der Stimmenmaximierung dienen soll, die Überanpassung und mangelnde Trennschärfe erzeugen bei vielen BürgerInnen überdies ein Gefühl von Alternativ- und Sinnlosigkeit – frei nach dem Motto, *Es ist egal, wen man wählt, es wird sich doch nichts ändern*. Dieser Fatalismus mag auch den merkwürdigen Widerspruch zwischen der Beliebtheit des (Aus)Wählens als einer der Leitideen der postindustriellen Gesellschaft und der immer größer werdenden Lustlosigkeit, sich an Wahlen zu beteiligen, erklären. Parteien mit einem sehr eindeutigen Profil (wazu v.a. auch rechte Populisten gehören!) bringen ihre AnhängerInnen deshalb eher zu den Urnen, als Parteien mit breitem Profil. Vielleicht, so Alain Garrigou (2002), vermissen gerade in unseren entwickelten Demokratien, in denen alle mit sehr ähnlichen Konzepten um die politische Mitte buhlen, viele Bürger genau das, wofür es in Wahlen geht: die Möglichkeit einer Entscheidung zwischen echten Alternativen.

Ein weiterer, ebenfalls in den Verantwortungsbereich der politischen Parteien fallender Grund für die Verdrossenheit liegt wohl darin, dass die politische Klasse sich immer stärker zu einem exklusiven Milieu entwickelt, das sich von ihren WählerInnen zunehmend entfremdet hat. Es kann nicht oft genug betont werden: **Die vielzitierte Politikverdrossenheit ist vielfach eher eine Politiker- und Parteienverdrossenheit**, verbunden mit einer – oft genug wenig differenzierten! – Kritik am Typus des Berufspolitikers, an Affären und Skandalen, an der Parteienfinanzierung, kurz an der vom Kölner Soziologen Erwin Scheuch so treffend bezeichneten *Triologie von Cliques, Klüngel und Karrieren*.

Die Medien – Mittler oder Mitverursacher?

Unsere wichtigste Informationsquelle sind die Massenmedien. Durch deren rasante Veränderung hin zu Infotainment, Enthüllungsjournalismus und Skandalberichterstattung wird die politische Realität allerdings für die meisten BürgerInnen nicht mehr nachvollziehbar und umfassend vermittelt. Auch die von den Medien geförderte und mittlerweile von den Parteien aufgenommene Personalisierung der Politik entspricht – Umfragen zufolge – gar nicht der Erwartungshaltung der meisten BürgerInnen. Es fällt schwer, die Rolle der Massenmedien in diesem Prozess zu beurteilen. Sind sie tatsächlich bloß Seismographen, die die Stimmung unter der Bevölkerung genau registrieren und wiedergeben, oder tragen sie mit ihrer Lust an der quotenträchtigen Skandalisierung, aber auch mit der angeblich notwendigen Komplexitätsreduktion nicht selbst erheblich zu dem bei, was sie anderen Orts so wortreich beklagen?

In dem Sammelband „Medien und politischer Prozess“ (1996) sind mehrere AutorInnen diesen Fragen nachgegangen und zu recht eindeutigen Aussagen gekommen. Hans Mathias Kepplinger etwa konstatiert zum Thema „Skandale und Politikverdrossenheit“, dass es durchaus eine quantitative Zunahme von Skandalen gebe, dass dies aber wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, dass die Bereitschaft potentieller InformantInnen gestiegen sei – u.a., aber nicht nur, weil auch die moralischen Maßstäbe höher geworden seien –, v.a. aber, dass die immer schärfer werdende Konkurrenz der Medien untereinander Skandale brauche. Auch hier gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Denkschulen: Manche AutorInnen halten Skandale für funktional, weil sie die gesellschaftlichen Werte in Erinnerung rufen und ihre Geltung bekräftigen; andere halten sie für dysfunktional, weil sie Politik zur Schaupolitik reduzieren, die Bevölkerung abstumpfen und Ressentiments gegen Politik und Wirtschaft, wenn schon nicht erzeugen, so doch verstärken. Kepplinger schlägt sich auf die Seite der Skeptiker. Die Daten wiesen jedenfalls eindeutig in die Richtung, dass die permanente Skandalisierung der Politik und ihrer Akteure das Vertrauen der Menschen in die Politik und ihre Beteiligungsbereitschaft eher verkleinere und das Misstrauen sowie die resignative Apathie fördere. Ein Schluss, den Horst Pöttker im selben Sammelband teilt – *Politikverdrossenheit und sensationelle Skandalberichterstattung bedingen sich gegenseitig, mehr noch: schaukeln sich gegenseitig auf* – und die auch Mike Friedrichsen in seinem Beitrag „Politik- und Parteiverdrossenheit durch Skandalberichterstattung?“ bestätigt: **Es gibt einen positiven und messbaren Zusammenhang zwischen medialer Skandalberichterstat-**

tung einerseits und Politik- und Parteienverdruss andererseits. Und vielfach ist die Unzufriedenheit nicht das Objekt, sondern erst das Ergebnis der Medienberichterstattung (Kleinhenz, 1995).

Das Dilemma der Politik und ihrer Akteure ist klar: Immer mehr EntscheidungsträgerInnen proben den plebiszitären Schulterschluss mit dem Medienpublikum, wodurch die Mediengesellschaft Merkmale einer *medial-präsentativen Demokratie* (Ulrich Sarcinelli) erhält. Andererseits muss Politik, die den Kompromiss sucht, sich mehr und mehr in öffentlichkeitsfreie Bereiche zurückziehen, um überhaupt noch zu Lösungen zu kommen. Einerseits benötigen die PolitikerInnen also die Medien als Bühne zur Eigendarstellung – und nicht wenige leben immer noch in dem Glauben, sie könnten sich der Medien „bedienen“ –, andererseits werden sie bei erstbestener Gelegenheit zu hilflosen Opfern medialer Vorverurteilungen, die in den meisten Fällen nicht nur das Ende einer persönlichen Karriere bedeuten, sondern auch dem Image der Politik im allgemeinen nachhaltigen Schaden zufügen. Antworten auf die Frage, wie die Politik und wie die Medien auf dieses Dilemma reagieren sollen, gibt es freilich keine. Der ökonomisch bedingte Zwang zur Publikumsmaximierung, aber auch der süße Duft der puren Macht, die manche Medien und ihre MacherInnen sich mittlerweile arrogant haben, lassen Ratschläge wie *Die Ausweitung des Informations- auf Kosten des Unterhaltungsanteils wäre ein probates Mittel, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken*, ebenso naiv erscheinen, wie die Aufforderung an die Medien, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden und sich einer stärkeren Selbstkontrolle zu unterziehen.

Die „Partei der Nichtwähler“

Gerne wird in politischen Kommentaren von der „Partei der Nichtwähler“ gesprochen. In Wahrheit gibt es „die Nichtwähler“ als klar definierte Gruppe natürlich nicht. Lange Zeit waren sie so etwas wie eine *terra incognita* der Wahlforschung, und das obwohl Günter D. Radtke („Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland“) bereits 1972 eine Studie zum Thema vorgelegt hatte, und damit zu einem der Pioniere der Nichtwählerforschung avanciert war. Radtke ermittelte unter den Nichtwählern maximal ein Drittel echte Nichtwähler („Dauernichtwähler“), bei denen er v.a. eine mangelnde soziale Integration konstatierte. Beim großen Rest sei die Wahlnorm immer noch stark verankert, sodass diese als Wähler wiederzugewinnen seien. Als Gründe für die Wahlverweigerung dominierten seiner Ansicht nach zu 75% politische Motive.

Heute unterscheidet die Politologie zunächst grob zwischen drei Gruppen von NichtwählerInnen:

- **Technische** (auch „unechte“ und unfreiwillige) NichtwählerInnen: *Bin persönlich verhindert* (durch Krankheit, Reise, Arbeit etc.). Stellen etwa 3-5% der Wählerschaft dar.
- **Konjunkturelle** NichtwählerInnen: *Einer ist wie der andere*. Nicht- oder ungültig wählen ist für diese Personengruppe ein Ausdruck des Protests, v.a. dann, wenn die Partei, der man an sich nahesteht, gerade nicht wählbar erscheint. Manchmal werden innerhalb dieser Gruppe noch die sogenannten „Parkwähler“ (wollen wechseln, entscheiden sich dann allerdings für das Nichtwählen, sind aber durchaus bereit, weiterhin an Wahlen teilzunehmen) und die Protest(nicht)wähler unterschieden. Die konjunkturellen NichtwählerInnen bilden den großen Teil der NichtwählerInnen und finden sich in allen sozialen Schichten wieder. Mit dem immer häufiger auftretenden Phänomen der „nichtwählenden Stammwähler“, die mit der Politik ihrer Partei massiv unzufrieden sind, hat derzeit v.a. die deutsche SPD zu kämpfen.
- **Habitualisierte** (auch: Langzeit-, Dauer- oder grundsätzliche) NichtwählerInnen: *Es ändert sich sowieso nix*. Stellen bis zu 10% des Elektorats. Diese DauernichtwählerInnen sind kaum stimulierbar, bestenfalls von populistischen Bewegungen zu einer Denk-

zettelwahl zu mobilisieren. Hierzu gehört auch die – relativ kleine – Gruppe derer, die Wahlen aus grundsätzlichen Motiven ablehnen.

Hans-Martin Uehlinger (1988) unterscheidet in seiner Taxonomie politischer Partizipation fünf Grundtypen von Beteiligung – Wählen, parteienorientierte Partizipation (z.B. Funktionäre und Amtsträger), problemorientierte Partizipation (z.B. Mitwirkung in einer Bürgerinitiative oder einer genehmigten Demonstration), ziviler Ungehorsam (z.B. Hausbesetzung) und politische Gewalt – und sieben dazu passende Grundtypen von BürgerInnen: *Inaktive* (etwa 13%, mit überproportional vielen jüngeren und älteren Personen), *Staatsbürger* (etwa 15%), *Problemzentrierte*, *Parteiaktive*, *gewaltlose Aktivisten*, *Protestierer* und *Aktivisten* –, ein Ansatz, der den Schwerpunkt der Differenzierung möglicherweise zu sehr in Richtung der partizipativen BürgerInnen verschiebt.

In den letzten Jahren wurde der sogenannte „Lebenswelt-Ansatz“ zunehmend populär; hiermit lassen sich z.B. die folgenden Milieugruppen unterscheiden:

- Aufstiegsorientierte Jüngere (10%);
- Postmateriell-linkaltemative Jüngere (5%);
- Linksliberale integrierte Postmaterialisten (etwas älter als vorige, 10%);
- Unauffällige und eher Passive (13%);
- Pflichtorientierte Konventionsbestimmte (deutlich älter als vorige) (11%);
- Aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger (25%);
- Gehobene Konservative (11%);
- Integrierte Ältere (11%);
- Isolierte Ältere (4%).

Natürlich sind solche Typologisierungen immer mit Vorsicht zu genießen, allerdings erlauben sie es uns, die verschiedenen Kategorien von NichtwählerInnen differenzierter zu betrachten. Nach Thomas Kleinhenz (1995) ergeben sich sieben Nichtwählertypen mit folgenden Merkmalen:

- *Der junge Individualist*: Oft handelt es sich hier um junge Singles, nicht selten Studenten, die stark hedonistisch ausgerichtet sind und wenig traditionelle Bindungen aufweisen; ihr Vertrauen in die etablierte Politik ist sehr gering. Latent unzufrieden, repräsentieren sie den Typus der neuen Generation von NichtwählerInnen (Tendenz steigend, um 20%).
- *Der aktive Postmaterialist*: Ist relativ jung und verfügt über ein hohes Bildungsniveau; Arbeit und Karriere sind ihm wichtig; von der politischen Ausrichtung eher linksliberal, ist seine Erwartungshaltung an die Politik hoch. Seine Wahlenthaltung ist „bewusst“. Der Anteil dieser Gruppe ist zuletzt eher rückläufig (Anfang der Achtzigerjahre 10%, Anfang der Neunzigerjahre 6%) und wurde wohl z.T. durch die Grünen aufgefangen.
- *Der gehobene Jungkonservative*: Weist gewisse Ähnlichkeiten mit der erster Gruppe auf, allerdings spielt die Politik für ihn eine noch geringere Rolle. Im Gegensatz zum Postmaterialisten ist seine Zufriedenheit mit den Zuständen relativ hoch. Auffallend ist sein geringes „staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein“. Der Anteil dieser Gruppe liegt konstant bei knapp 9%.
- *Der saturierte Mittelschichtler*: Integriert und zufrieden, repräsentiert er an sich den „idealen“ Wähler. Sein Wahlverzicht ist eher von kurzfristigen Motiven geleitet. Keine der gängigen Theorien kann seine relativ hohe Abstinenz wirklich erklären (10-15%).
- *Der desinteressiert Passive*: Ist sozial integriert, eher zufrieden und neigt durchaus einer Partei zu. Sein Interesse für Politik ist jedoch sehr gering. In den letzten Jahren zunehmend „verdrossen“, bleibt er allerdings passiv. Auffallend ist seine Law and Order-Mentalität. Ein klassischer Nichtwählertyp (zw. 20-30%).
- *Der enttäuschte Arbeiter*: Eher integriert, weist er einen hohen Grad an politischer Unzufriedenheit auf. Politisches Interesse und Parteipräferenz sind an sich vorhanden, allerdings ist er mit den politischen Verhältnissen und Akteuren sehr unzufrieden und

fühlt sich alleine gelassen; auch hier sind Law and Order-Denken ausgeprägt (konstant bei etwa 10%).

- *Der isolierte Randständige*: Zeichnet sich durch niedrigen Bildungsgrad, geringes Einkommen und eine betont ablehnende Haltung gegenüber dem System aus; verfügt über kein politisches Interesse und einen hohen Grad an sozialer Entfremdung (auch gegenüber Kirchen, Vereinen etc.). Die meisten Dauer-NichtwählerInnen gehören dieser Gruppe an (zw. 15-20%)

Parallel dazu brachte auch die Motivforschung neue Erkenntnisse. In einer Studie über NichtwählerInnen (1990) ermittelten die beiden Wahlforscher Carsten Ascheberg und Jörg Ueltzhöffer insgesamt sieben Motivkreise (Feist, 1994):

- Fundamentalopposition: NichtwählerInnen dieser Gruppe stellen prinzipiell – aus welcher weltanschaulichen Position auch immer – den Sinn von Wahlen in Frage; gleichzeitig sind viele von ihnen oft hochgradig politisiert.
- Aggressive Apathie gegen *die da oben*: NichtwählerInnen dieser Gruppe sind stark anfällig für Volksgemeinschaftsparolen und autoritäre Rezepte und bilden das Reservoir für Rechtspopulisten.
- Protest aus aktuellem Anlass: NichtwählerInnen dieser Gruppe möchten den Parteien und/oder PolitikerInnen *eine Lektion erteilen*; ihre Wahlenthaltung bedeutet keinen dauerhaften Rückzug; sind auch potentielle ProtestwählerInnen.
- Saturiertheit: NichtwählerInnen dieser Gruppe sind apolitisch aus Systemzufriedenheit, und gehen nur dann zur Wahl, wenn „Gefahr“ besteht; entsprechen dem Prototyp des konjunkturellen Nichtwählers, der sich mobilisieren lässt.
- Sinnkrise: Hierbei handelt es sich um einen neuen Nichtwählertypus, der sich lieber in anderen Bereichen und Initiativen engagiert.
- Neues weibliches Selbstbewusstsein: Nichtwählerinnen dieser Kategorie sehen im Wahlboykott ein „feministisches“ Kampfmittel.
- Radikaler Individualismus: Das Handeln dieser Personengruppe wird einem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül unterworfen, der Zugang zur Politik unterliegt einer reinen Konsummentalität.

Einige dieser Motive entsprechen dem Typ des klassischen Nichtwählers, andere sind jedoch neu. Ein Nichtwähler neueren Typs ist z.B. der „wählende Nichtwähler“. Politisch interessiert, entscheidet er sich bewusst für die Wahlenthaltung, um Protest auszudrücken. Als Gründe der subjektiv empfundenen Unzufriedenheit werden in der Regel Skandale und Affären, Bürgerferne (*die da oben*), ungelöste Probleme und fehlende Alternativen (*alle gleich*) benannt – kurz: all das, was gerne mit dem Totschlagswort der *Politikverdrossenheit* umschrieben wird. Wo also zunehmende Wahlenthaltung z.T. ein Krisenzeichen sein kann, ein Ausdruck von Unzufriedenheit mit PolitikerInnen und Parteien, lässt sich das nicht zur generellen Kritik am politischen System verallgemeinern. Ein ausgeprägtes Protestwahlverhalten zeigt sich deshalb auch eher bei den als weniger wichtig eingeschätzten Europawahlen oder bei Landtags- und Kommunalwahlen.

Mitspielen mag allerdings auch, dass die meisten der in den Neunzigerjahren sehr erfolgreichen populistischen Protestparteien ihren Zenit bereits überschritten haben, weshalb vielen „Gerade-Noch-Wählern“ nun auch diese Alternative abhanden gekommen ist. Der Anteil der NichtwählerInnen, die sich selbst als *eher* und als *sehr unzufrieden* mit dem politischen System bezeichnen, liegt bei bereits 65%. Von der Sozialstruktur her gehören diese unzufriedenen NichtwählerInnen tendenziell eher den unteren Einkommens- und Bildungsschichten an (Völker, 1998).

Ganz allgemein kann festhalten werden, dass die rückläufige Wahlbeteiligung durchaus doppelgesichtig ist. Einerseits gibt es die Verweigerer – die eine Zeit lang auch als WählerInnen populistischer Protestparteien Furore machten, weshalb Feist schon 1994 konstatierte: *In einem Profilvergleich von Nichtwählern und Rechtswählern fallen einige gemeinsame*

Strukturmerkmale ins Auge –, andererseits aber auch diejenigen, die *mehr Demokratie* und Mitbestimmungsmöglichkeiten einfordern. Dies ist auch als Ausdruck der unabhängigeren, kritischeren und selbstbestimmteren Einstellung einer neuen Generation zu werten. Dadurch aber nimmt der Anteil der gutinformierten und gutsituierten NichtwählerInnen weiterhin stark zu. Es lässt sich deshalb bei den NichtwählerInnen eine eindeutige „Tendenz zur Mitte“ feststellen, sowohl von ihrer sozialen Stellung als auch von ihrer politischen Einstellung her. Und da der Anteil der „neuen Mittelschicht“ unter den NichtwählerInnen immer größer wird, treffen viele ältere Erkenntnisse auf die neu heranwachsende Generation von NichtwählerInnen nicht mehr zu (Kleinhenz, 1995). Auch in den höheren Bildungs- und Einkommenschichten ist ein stark gesunkenes „Wahlpflichtgefühl“, eine überaus geringe Totalitarismusangst und das weitverbreitete Gefühl, Politik sei *ein schmutziges Geschäft*, verbunden mit der Einsicht in den Bedeutungsverlust nationaler – und noch mehr lokaler! – Politik zu konstatieren. Die stark gestiegene „Verdrossenheit“ ist schon längst nicht mehr nur auf die NichtwählerInnen beschränkt, weshalb ihre Zahl kurz- und mittelfristig noch weiter ansteigen könnte.

Noch, meinen jedenfalls Bernd und Marion Völker (1998), sei die politische Unzufriedenheit dieser Menschen quasi „privatisiert“ und werde nach innen oder gegen das engere soziale Umfeld abgeleitet. Erst wenn diese Unzufriedenheit in die politische Arena eingebracht würde, könnte sie für das gesamte politische System destabilisierend wirken.

Ist unsere Parteiendemokratie reformierbar?

Politische Parteien sind für die Demokratie unverzichtbar. Sie sind notwendig, weil sie Positionen vorklären, Interessen bündeln und politische Willensbildung organisieren können. Ohne diesen Vorlauf und diesen Filter ist eine sinnvolle demokratische Entscheidungsfindung kaum vorstellbar, und auch die Chancen einer Beteiligung der BürgerInnen an wichtigen Entscheidungen wären ohne die Transmissionsfunktion der politischen Parteien stark eingeschränkt. Das Beispiel des diffusen Parteiensystems in den USA zeigt ganz deutlich: Wo Parteien quasi nur Wahlbündnisse sind, wächst der Einfluss wirtschaftlich organisierter Interessen. Außerdem ist zu befürchten, dass in einer Demokratie ohne Parteien Demagogen und Populisten, die auf kurzfristige Stimmungsschwankungen setzen, noch wesentlich größeren Einfluss als bisher erhielten. Allerdings stehen die demokratischen Parteien heute stärker als je zuvor in der öffentlichen Kritik, und ein Gutteil des Verdrusses an und der Unzufriedenheit mit der Politik steht in direktem Zusammenhang mit den etablierten Parteien und ihren FunktionärInnen. Der Großteil der BürgerInnen, die sich der Politik verweigern, tun dies nicht aus prinzipieller Unzufriedenheit mit dem System, sondern aus Frustration über die politische Praxis. Und diese wird nun einmal ganz wesentlich von den PolitikerInnen und ihren Parteien bestimmt. Der schleichende Legitimationsverlust der Parteien droht jedenfalls auf Dauer die Funktionslogik unseres repräsentativen demokratischen Systems nachhaltig zu gefährden (Glaab/Kießling 2001).

Natürlich ist das Schlagwort der Reform schon seit langem in aller Munde, und die Reformvorhaben aller Parteien klingen, wie schon bei Ursula Feist (1994; vgl. dazu auch Manuela Glaab, 2003) nachzulesen ist, erstaunlich gleich: von „Öffnung“ ist da die Rede, von „neuen Beteiligungsformen“ und „Organisationsreform“, von „gesellschaftlichem Rückzug“ und „neuen Kommunikationswegen“. Das lange Zeit erfolgreiche Konzept der „Mitgliederpartei“ droht derweil am Mitgliederschwund zugrunde zu gehen – ganz abgesehen davon, dass die Mitgliederstrukturen der großen Volksparteien schon längst nicht mehr die Gesellschaft als Ganzes abbilden. Frauen, Jugendliche, Arbeitslose, aber auch VertreterInnen aus Wirtschaft und Kultur sind hier meist stark unterrepräsentiert. Die klassische Mitgliederpartei, an der nach außen hin weiter festgehalten wird, wird immer stärker von der „Fraktionspartei“, der „Medienpartei“ oder der „professionalisierten Partei“ abgelöst werden. Möglicherweise ist eine Neudefinition des Mitgliederverständnisses notwendig und auch

zielführend, wie sie etwa durch Mitgliedschaften auf Zeit, sogenannte „Schnuppermitgliedschaften“, oder durch die Mitgliedschaft bei der Umsetzung spezieller und zeitlich befristeter Projekte („Gastmitgliedschaft“) umgesetzt werden könnte. Allerdings gibt es gegen solche Modelle – so wie auch gegen Seiteneinsteiger, die externes Wissen einbringen könnten –, in allen Parteien anhaltenden internen Widerstand.

Eines der drängendsten Probleme der Parteien ist die bereits mehrfach angesprochene innerparteiliche Nachwuchsrekrutierung, die, so Christoph Fedkes (1996) schonungsloser Befund, zunehmend *inzestuöser* verläuft; außerdem, so der Autor weiter, liefen die Jugendverbände, die im übrigen durch eine deutliche Überalterung ihrer Führungsstruktur („Berufsjugendliche“) gekennzeichnet sein, Gefahr, sich in erster Linie mit ihrem Verhältnis zur Mutterpartei zu beschäftigen und deshalb in einer Art von *moseyndem Abseits* stehen zu bleiben. Das Lebensgefühl der Jugendlichen habe sich grundlegend verändert. Wenn die Parteien tatsächlich wollen, dass Jugendliche sich wieder mehr engagieren, müsse es statt langwieriger Sitzungen, Vertagungen und Abstimmungen mehr punktuelle Anhörungen, Umfragen, Werkstattgespräche und Aktionen geben.

Die Forderung nach mehr direkter Bürgerbeteiligung muss natürlich auch für die Parteien selbst gelten. Traditionelle Parteien sind in der Regel oligarchisch organisiert; das „Parteivolk“ besitzt für gewöhnlich nur wenig Einfluss auf innerparteiliche Entscheidungen. Eine Reform der politischen Parteien müsste deshalb folgende Punkte beinhalten:

- Stärkere Mitwirkungsrechte und neue Partizipationsformen für Parteimitglieder: Vor- und Urwahlen statt Delegiertenwahlen, Mitgliederbefragungen etc.
- Größere Transparenz bei Entscheidungen: Es gibt einen klaren Trend zur eliten-dominierten politischen Partizipation. Die Tendenz, ad hoc eingerichtete und informelle Gremien stärker einzubeziehen, ist zwar als Antwort auf Partizipationsforderungen gedacht und kann die oupput-orientierte Legitimation durchaus erhöhen, gleichzeitig wird die Transparenz politischer Entscheidungen weiter verschleiert und die repräsentative politische Willensbildung beeinträchtigt (Glaab/Kießling, 2001).
- SpitzenfunktionärInnen sollten verstärkt durch die Basis bestimmt werden.
- Trennung von Amt und Mandat, Begrenzung der Mandatsdauer, Rotation statt Berufspolitikertum.
- Förderung von und regelmäßiger Kontakt auch zu solchen Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, die keine Vorfeld- oder Teilorganisationen der eigenen Partei bilden, deren politische Ziele aber kongruent sind. Dadurch könnten vorhandene Partizipationspotentiale der Bürgergesellschaft durch Netzwerkstrukturen konsequent und kreativ eingebunden und neue Allianzen geschmiedet werden.
- Rückzug der Parteien aus manchen der von ihnen besetzten Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Neue Dialogformen. Der Zugang zur Politik muss durch kreative Nutzung virtueller Kommunikationsforen erleichtert werden.

Diese Vorschläge sind keineswegs neu. Umgesetzt wurde davon allerdings noch wenig, denn die Hauptverlierer eines solchen Prozesses wären zweifellos die mittlere und untere Funktionärselite. Thomas Leif, Vorsitzender des „Netzwerk Recherche“ vermutet dahinter allerdings noch mehr, als nur den hinhaltenden Widerstand der alten Kader: *Der Philosophie der Effizienzsteigerung, der professionellen Erschließung des Wählermarktes und der geschickten (medialen) Politikinszenierung [wird] mehr Aufmerksamkeit geschenkt als einer wirksamen inneren Demokratisierung, die langfristig positive Auswirkungen auf Aktive, Mitglieder und Sympathisanten hätte.*

Ein wesentlicher Schritt könnte auch in der stärkeren Internationalisierung der Parteien liegen. Viele politische Fragen besitzen mittlerweile eine europäische oder sogar globale Dimension. Daraus folgt, dass Lösungen oft nur noch auf internationaler Ebene gefunden werden können. Das gilt z.B. für so unterschiedliche Aufgaben wie die Bewahrung des

Friedens, für den Umweltschutz oder aber auch für eine abgestimmte Politik in den internationalen Finanzinstitutionen. Im EU-Verfassungsentwurf (I-45) heißt es: *Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei.* Auf mittlere Sicht stellt der europäische Zusammenschluss etwa der sozialdemokratischen Parteien deshalb eine zwingende Notwendigkeit dar; dazu gilt es, eine gemeinsame Programmatik und eine engere organisatorische Verzahnung zu entwickeln, die über die bisherigen Kooperationen, etwa anlässlich von EU-Wahlen, weit hinausreichen müsste.

Umstritten ist die Wirksamkeit institutioneller Reformen, z.B. des Wahlrechts. Das immer wieder geforderte Mehrheitswahlrecht würde zwar das Regieren deutlich erleichtern, aber die Repräsentanz verschlechtern. In Großbritannien, wo die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist, wird deshalb schon seit längerem über die Einführung des Verhältniswahlrechts diskutiert. Ob die Verlängerung der Wahlperioden, die nach Ansicht mancher ExpertInnen dazu dienen soll, die WählerInnen nicht so häufig „zu belästigen“, und die Konzentration von Wahlterminen, die demselben Zweck dient, probate Mittel zur Erhöhung der politischen Partizipation darstellen, muss bezweifelt werden. Eine Wiedereinführung der Wahlpflicht wäre dazu sicherlich geeignet, allerdings ist es zweifelhaft, ob dafür politische Mehrheiten und die notwendige öffentliche – und auch mediale! – Zustimmung zu erlangen wären.

Die Möglichkeit der Abgabe von Zweitstimmen, das Abgehen von starren Listen, die Einführung des Panaschierens und Kumulierens, die Verkleinerung der Parlamente, die Erweiterung der plebiszitären Möglichkeiten, die Einführung eines Initiativrechts der BürgerInnen, die Wiedereinführung von Nachwahlen (im Falle des Ausscheidens eines Mandatsträgers), das Absenken oder die Abschaffung der Repräsentationshürden, die weitere Herabsenkung des Wahlalters usw. stellen zweifellos interessante Vorschläge zur Belebung der Demokratie dar⁷ – auch wenn z.B. die Neigung zur unmittelbaren Demokratie ihren Höhepunkt bereits überschritten hat und die tatsächliche Teilnahme an direkt-demokratischen Verfahren oft beschämend niedrig ausfällt –, allerdings können alle diese im Prinzip sehr begrüßenswerten Maßnahmen wohl nur dann ihre gewünschte Wirkung entfalten, wenn das gesellschaftliche Klima sich wieder **in Richtung einer stärkeren Politisierung der BürgerInnen** verändert. Eine Aufgabe, die PolitikerInnen und Medien wahrscheinlich nur gemeinsam in Angriff nehmen könnten.

Viele ExpertInnen sind diesbezüglich eher skeptisch. Der österreichische Politikwissenschaftler Peter Ulram (Fessel-GfK) meint sogar, dass, wenn die Wahlbeteiligung einmal abgesunken ist, man sie nicht mehr in die Höhe bringen wird. Und Thomas Kleinhenz (1995) vertritt die Auffassung, dass die Wahlbeteiligung weiter sinken wird, weil immer mehr Bürger einen Grund zu wählen brauchen – und nicht mehr wie früher einen Grund, nicht zu wählen. Die Einführung zusätzlicher Mitbestimmungselemente werde daran wahrscheinlich nichts ändern, weil die große Mehrzahl der NichtwählerInnen – und auch der WählerInnen! – politisch überaus passiv ist, und große Teile der Bevölkerung bestenfalls noch bei sogenannten Entscheidungswahlen zu mobilisieren sind. Eine Rückkehr zu einem höheren Wahlpflichtbewusstsein sei schwierig und möglicherweise nur über politische Bildung und mit Hilfe der Medien zu erreichen.

⁷ Leider regiert auch hier mittlerweile der reine Populismus. Nach der letzten EU-Wahl war z.B. von H.-P. Martin zu hören, dass es *längst an der Zeit [sei], radikal zum Persönlichkeitswahlrecht überzugehen*, obwohl allgemein bekannt ist, dass dies die Chancen gerade kleinerer Parteien entscheidend mindert. Der von einigen Medien bereitwillig aufgegriffene Vorschlag, Politikereinkommen künftig an die Wahlbeteiligung zu koppeln, sei hier nur erwähnt, um das derzeitige Niveau der Diskussionen zu illustrieren.

Anhang

Tabelle 1

Entwicklung der Wahlbeteiligung in Großbritannien bei Parlamentswahlen seit 1979 (in %)

	UK gesamt	England	Schottland	Wales
1979	77.9	75.9	76.8	79.4
1983	72.7	72.5	72.7	76.1
1987	75.3	75.4	75.1	78.9
1992	77.7	78.0	75.5	79.7
1997	71.4	71.4	71.3	73.5
2001	59.4	59.1	58.1	61.4

Tabelle 2

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei ausgewählten Wahlgängen in Österreich (in %)

1. Nationalratswahlen seit 1945

1945	1949	1953	1956	1959	1962	1966	1970	1971
94,3	96,8	95,8	96	94,2	93,8	93,8	91,8	92,4

1975	1979	1983	1986	1990	1994	1995	1999	2002
92,9	92,2	92,6	90,5	86,1	81,9	86	80,4	84,3

2. Bundespräsidentenwahlen der Zweiten Republik

1951	1957	1963	1965	1971	1974	1980	1986	1992	1998	2004
96,8	97,2	95,6	96	95,3	94,1	91,6	89,5	84,4	74,4	70,8
96,9							87,3	80,9		

3. Landtagswahlen

3.1. Wien

1945	1949	1954	1959	1964	1969	1973	1978	1983	1987	1991	1996	2001
96,9	96,5	93	84,8	84,8	75,9	78,8	72,2	85,2	63,7	65,4	68,5	66,6

3.2. Niederösterreich

1945	1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1983	1988	1993	1998	2003
95,3	96,9	94,8	95,4	92,5	91,9	89,7	87,6	83,9	80,6	75,5	71,9	71,8

3.3. Burgenland

1968	1972	1977	1982	1987	1991	1996	2000
95,2	93	93,2	90,1	89	85,4	81,5	82,7

3.4. Steiermark

1945	1949	1953	1957	1961	1965	1970	1974	1978	1981	1986	1991	1995	2000
93,8	97,6	?	96,9	97,1	95,9	94,6	95,1	94,7	93,8	91,8	89,6	86,9	74,6

3.5. Oberösterreich

1945	1949	1955	1961	1967	1973	1979	1985	1991	1997	2003
92,2	95,7	93,9	92,8	92,3	91,5	88,3	85,8	85,2	81	78,6

3.6. Salzburg

1945	1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
89,9	93	89,6	90,9	87,3	84,3	83,4	82,4	80,6	77,8	75,4	74,1	77,3

3.7. Kärnten

1945	1949	1953	1956	1960	1965	1970	1975	1979	1984	1989	1994	1999	2004
89,3	94	90,9	94,2	87	87	86	88	83,2	83	90,1	85,3	80,5	78,6

3.8. Tirol

1945	1949	1953	1957	1961	1965	1970	1975	1979	1984	1989	1994	1999	2003
87,7	96,6	94,1	93,4	92,4	90,7	92,3	91,8	90,6	88,8	90	88,1	80,6	60,9

3.9. Vorarlberg

1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
96,4	94,3	93,7	93,1	93,6	94,1	94	93,2	90,9	89,2	87,8	60,6

4. Gemeinderatswahlen (Beispiele)

4.1. Oberösterreich

	1945	1949	1955	1961	1967	1973	1979	1985	1991	1997	2003
Gesamt	92,2	89,7	93,2	92,2	91,8	91,6	88,4	85,8	84,6	80,6	77,8
Linz	88,4	94,7	91,4	87,3	86,1	86,7	79,2	73,3	73,4	66,9	65,8

4.2.1. Salzburg Land

1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
82,1	90,1	83,6	83	84,5	80,6	81,3	79,7	74,4	72,4	73,9	76,8

4.2.2. Salzburg Stadt

1949	1953	1957	1962	1967	1972	1977	1982	1987	1992	1999	2004
79,3	86,5	77,6	78,5	79,7	70,7	73,2	71,4	62,3	55,2	60,5	64,8

4.3. Graz

1945	1949	1953	1958	1963	1968	1973	1978	1983	1988	1993	1998	2003
91	96,5	95	94,3	94,5	93,5	90,4	90,2	88,5	84,5	76	61,7	58,4

Tabelle 3

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei ausgewählten Wahlgängen in Deutschland (in %)

1. Bundestagswahlen seit 1949

1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002
78,5	85,5	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3	77,8 W78,5 O74,5	79 W85,5 O72,6	82,2 W82,8 O80,1	79,1

2. Landtagswahlen der letzten Dekade

Baden-Württemberg (1972: 80)	1992: 70,1	1996: 67,6	2001: 62,6	
Bayern (1966: 80,6)	1994: 67,8	1998: 69,8	2003: 57,1	
Berlin	1995: 68,6	1999: 65,5	2001: 68,1	
Brandenburg	1990: 67,1	1994: 56,3	1999: 54,3	2004: 56,6
Bremen	1995: 68,6	1999: 60,1	2003: 61,3	
Hamburg	1997: 68,7	2001: 71	2004: 68,7	
Hessen (1978: 87,7)	1995: 66,3	1999: 66,4	2003: 64,6	
Mecklenburg-Vorpommern	1994: 72,9	1998: 79,4	2002: 70,6	
Niedersachsen (1974: 84,4)	1994: 73,8	1998: 73,8	2003: 67	
Nordrhein-Westfalen (1975: 86,1)	1990: 71,8	1995: 64	2000: 56,7	
Rheinland-Pfalz (1983: 90,4)	1991: 73,9	1996: 70,8	2001: 62,1	
Saarland	1990: 83,2	1994: 83,5	1999: 68,7	2004: 55,5
Sachsen	1990: 72,8	1994: 58,4	1999: 61,1	2004: 59,6
Sachsen-Anhalt	1994: 54,8	1998: 71,5	2002: 56,5	
Schleswig-Holstein (1983: 84,8)	1992: 71,7	1996: 71,8	2000: 69,5	
Thüringen	1994: 74,8	1999: 59,9	2004: 54	

3. Kommunalwahlen der letzten Dekade

Baden-Württemberg	1994: 66,7	1999: 53	2004: 53
Bayern	1990: 75	1996: 67,3	2002: 63,2
Brandenburg	1993: 59,9	1998: 77,9	2003: 45,8
Hessen	1993: 71,3	1997: 66	2001: 52,9
Mecklenburg-Vorpommern	1994: 65,7	1999: 50,5	2004: 45,5
Niedersachsen	1991: 68,3	1996: 64,5	2001: 56,2
Nordrhein-Westfalen	1994: 81,7	1999: 58,1	2004: 54,4
Rheinland-Pfalz	1994: 74,1	1999: 62,9	2004: 58
Saarland	1994: 73,9	1999: 59,2	2004: 56,1
Sachsen	1994: 70,4	1999: 53,9	2004: 46,1
Sachsen-Anhalt	1994: 66,2	1999: 49,6	2004: 42,2
Schleswig-Holstein	1994: 70,5	1998: 62,8	2003: 54,4
Thüringen	1994: 72,3	1999: 58,4	2004: 50,6

Tabelle 4
Entwicklung der Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen (in %)

	BE	DK	D	GR	E	FR	IRL	IT
1979	91,4	47,8	65,7			60,7	63,6	84,9
1984	92,2	52,4	56,8	77,2	68,9*	56,7	47,6	83,4
1989	90,7	46,2	62,3	79,9	54,6	48,7	68,3	81,5
1994	90,7	52,9	60	71,2	59,1	52,7	44	74,8
1999	91	50,5	45,2	75,3	63	46,8	50,2	70,8
2004	92	46,6	43	62,8	45,9	43,1	61	73,5

	LUX	NL	AUS	POR	FIN	S	UK	EU
1979	88,9	57,8					32,3	63 (10)
1984	88,8	50,6		72,4*			32,6	61 (12)
1989	87,4	47,2		51,2			36,2	58,5 (12)
1994	88,5	35,6	67,7**	35,5	60,3**	41,6**	36,4	56,8 (15)
1999	87,3	30	49,4	40	31,4	38,8	24	49,8 (15)
2004	90	39,1	41,5	38,7	41,1	37,2	37,6	45,5 (25)

* Spanien und Portugal wählten erst 1987

** Schweden wählte erst 1995, Österreich und Finnland 1996

	CZ	EST	HUN	LAT	LIT	MAL	PL	SLK	SLV	ZYP
2004	27,8	26,7	38,5	38,1	39,4	82	20,7	16,5	27,8	71,2

Tabelle 5**1. SPÖ-Wien, Mitgliederzahlen (Absolutwerte)**

	bis 20	21-30	31-40	41-50	51-60	61-70	über 70	alle
1997	278	8.291	23.127	23.767	23.635	29.296	16.259	124.653
1998	262	6.350	20.658	22.824	20.881	28.746	14.788	114.509
1999	245	4.985	18.617	21.900	19.047	27.758	13.721	106.273
2000	216	3.862	16.454	21.039	17.778	25.017	13.810	98.176
2001	227	3.157	14.602	20.508	17.337	22.640	14.338	92.809
2002	217	2.809	12.637	19.481	16.932	20.262	14.635	86.973
2003	153	2.419	11.051	19.609	16.753	18.927	15.160	84.072
2004	178	2.280	9.332	16.176	17.015	15.416	18.593	78.990

2. SPÖ-Wien, Mitgliederzahlen (Prozentwerte)

	bis 20	21-30	31-40	41-50	51-60	61-70	über 70	Männer	Frauen
1997	0,22	6,65	18,55	19,07	18,96	23,50	13,04		
1998	0,23	5,55	18,04	19,93	18,24	25,10	12,91		
1999	0,23	4,69	17,52	20,61	17,92	26,12	12,91	56,01	43,99
2000	0,22	3,93	16,76	21,43	18,11	25,48	14,07	56,12	43,88
2001	0,24	3,40	15,73	22,10	18,68	24,39	15,45	56,32	43,68
2002	0,25	3,23	14,53	22,40	19,47	23,30	16,83	56,60	43,40
2003	0,18	2,88	13,14	23,32	19,93	22,51	18,03	56,76	43,24
2004	0,23	2,89	11,81	20,48	21,54	19,52	23,54	56,83	43,17

3. Entwicklung der Mitgliederzahlen bei SPÖ und ÖVP**SPÖ-Bund****ÖVP-Bund („bereinigt“)**

1979: 721.000

560.000

1990: 675.000

488.000

1994: 513.000

433.000

1999: 430.000

Literatur

4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003. Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung, Wien, 2003

Amreither Silvia, Politik ohne Jugend? Jugendpartizipation als Politische Bildung in Europa. Diplomarbeit, Universität Wien, 2000.

Anduiza Perea Eva, Individual Characteristics, Institutional Incentives and Electoral Abstention in Western Europe. In: *European Journal of Political Research* Vol. 41/5 – 2002, 643-73.

Armingeon Klaus, Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 / 1994, 43-64.

Böhmer Christian, Politikverdrossenheit in Österreich. Diplomarbeit, Universität Wien 2002.

Brunner Wolfram, Graf Jutta, Neu Viola, Die politische Meinungslage in Deutschland 1990 - 2001. Arbeitspapier Nr. 35/2001, Konrad-Adenauer-Stiftung, August 2001.

Bürklin Wilhelm, Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung. In: Starzacher Karl (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie? Köln 1992, 18-39.

Forndran Erhard, Demokratie und demokratischer Staat in der Krise? Baden-Baden 2002.

Fedke Christoph, Jugend als politische Herausforderung. Strategie- und Akzeptanzprobleme der Parteien bei Jugendlichen, Idstein 1996.

Feist Ursula, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In: Starzacher Karl (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie? Köln 1992, 40-57.

Feist Ursula, Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen. München 1994.

Friedrichsen Mike, Politik- und Parteiverdross durch Skandalberichterstattung? In: Jarren Otfried, Schatz Heribert, Weißler Hartmut (Hrsg.), Medien und politischer Prozess, Opladen 1996, 73-93.

Friesl Christian (Hrsg.), Experiment Jung-Sein: Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher, Wien 2001.

Fuchs Dieter, Klingemann Hans-Dieter, Citizens and the State: A Relationship Transformed. In: Klingemann Hans-Dieter, Fuchs Dieter (Hrsg.), Citizens and the State, Oxford 1995, 419-443.

Garrigou Alain, Müde Demokraten. Wahlabstinenz und Entmachtung der Politik. In: *Le Monde Diplomatique* Nr. 6723, 12.4.2002.

Glaab Manuela (Hrsg.), Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. München 2003.

Glaab Manuela, Kießling Andreas, Legitimation und Partizipation. In: Korte Karl-Rudolf, Weidenfeld Werner (Hrsg.), Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, 571-611.

Gourd Andrea, Noetzel Thomas (Hrsg.), Zukunft der Demokratie in Deutschland, Opladen 2001.

Jarren Otfried, Schatz Heribert, Weißler Hartmut (Hrsg.), Medien und politischer Prozess, Opladen 1996.

Karlhofer Ferdinand, Pelinka Anton (Hrsg.), Politik in Tirol, Innsbruck 2004.

Keck Edi, Lederer Heinz (Hrsg.), Das Kreuz mit dem Kreuz. Eine Dokumentation über die Initiative österreichischer Werbeagenturen und Medien zur Steigerung der Wahlbeteiligung.

Kepplinger Hans Mathias, Skandale und Politikverdrossenheit – ein Langzeitvergleich. In: Jarren Otfried, Schatz Heribert, Weißler Hartmut (Hrsg.), Medien und politischer Prozess, Opladen 1996, 41-58.

Kießling Andreas, Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B10 / 2001, 29-37.

Kießling Andreas, Changemanagement als Reformoption. Strukturelle und kulturelle Perspektiven für die deutschen Parteien. In: Glaab Manuela (Hrsg.), Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, 69-94.

Klein Ansgar, Konkurrenz für die Parteien? Überlegungen zur Zukunft der „neuen“ sozialen Bewegungen. In: Glaab Manuela (Hrsg.), Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, 95-116.

Kleinhenz Thomas, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995.

Koch-Arzberger Claudia, Wahlverhalten von Ausländern – Chance oder Gefährdung der Demokratie? In: Starzacher Karl (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie? Köln 1992, 113-130.

Korte Karl-Rudolf, Strategie und Rationalität. Reaktionen der Parteien und der Parteilite auf komplexe Wählermärkte. In: Glaab Manuela (Hrsg.), Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, 184-195.

Korte Karl-Rudolf, Weidenfeld Werner (Hrsg.), Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001

Lijphart Arend, The Problem of Low and Unequal Voter Turnout – and what we can do about it. Reihe Politikwissenschaft Nr. 54, Institut für Höhere Studien, Wien, Februar 1998

Norris Pippa, Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge 2002.

Online Zeitung des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik an der TU-Graz, <http://e2ie2i.at/>

Österreichische Jugend-Wertestudie 1990-2000, Wien 2001.

Pöttker Horst, Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem. In: Jarren Otfried, Schatz Heribert, Weißler Hartmut (Hrsg.), Medien und politischer Prozess, Opladen 1996, 59-71.

Roth Dieter, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Starzacher Karl (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?*, Köln 1992, 58-68.

Starzacher Karl u.a. (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992.

Streeck Wolfgang, Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39. Jg. (1987), 471-95.

Topf Richard, Electoral Participation. In: Klingemann Hans-Dieter, Fuchs Dieter (Hrsg.), *Citizens and the State*, Oxford 1995, 27-51.

Uehlinger Hans-Martin, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen 1988.

Völker Marion, Völker Bernd, *Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom?* Wiesbaden 1998.

Wahlbeteiligung bei Wahlen auf regionaler und lokaler Ebene in der Europäischen Union 1990-2001. Europäische Union, Ausschuss der Regionen, Luxemburg 2001.

Weidenfeld Werner (Hrsg.), *Wege zur Erneuerung der Demokratie*, Gütersloh 1998.

Weidenfeld Werner (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Gütersloh 2002.

Weidenfeld Werner, Wessels Wolfgang (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Bonn 2003.

Widfeldt Anders, Party Membership and Party Representativeness. In: Klingemann Hans-Dieter, Fuchs Dieter (Hrsg.), *Citizens and the State*, Oxford 1995, 134-182.

Wiesendahl Elmar, Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B10 / 2001, 7-19.

Wiesendahl Elmar, Parteiendemokratie in der Krise: Das Ende der Mitgliederpartei? In: Glaab Manuela (Hrsg.), *Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform*, München 2003, 15-38.

Wolling Jens, *Politikverdrossenheit durch Massenmedien?* Wiesbaden 1999.

Wüst Andreas M., Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 22. Dezember 2003, Bonn, 29-38.

Zentner Manfred, Gesellschaftliche Beteiligung und politisches Bewusstsein. In: Friesl Christian (Hrsg.), *Experiment Jung-Sein: Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher*, Wien 2001, 147-75.